



*Zeiten*WENDE

Partei-Magazin für Mitglieder und Interessenten

Alles fließt...

(Heraklit, griechischer Philosoph)

**Wie sich die Natur, Politik, Finanz- und Wirtschaftswelt,
die Gesellschaft und Lebenssituationen verändern.**

Interne Hinweise, Veranstaltungstermine3

Tierrechte und Tierschutz

„Nicht Tiere, sondern Betrüger gehören hinter Gitter“4

Perversion kennt keine Grenzen5

Mit vereinten Kräften positive Veränderungen bewirken...6

Tierschützer kämpfen für neues EU-Gesetz in Brüssel7

Der letzte Stierkampf in Katalonien8

Ohrfeige für Ministerin Ilse Aigner9

Captain Watson, alles klar zum Entern? . 10

Die ewig Vorgestrigen 11

Politik

Schwarz-gelbe Götterdämmerung 12

Alles klar zum Ändern? 13

Frau Merkel und CDU-Wendehälse entdecken die „Würde der Arbeit“ 14

Jeder Einzelne kann einen Beitrag leisten... 15

Umweltschutz

Mut für das Unvorstellbare 16

Die Natur ist aus dem Takt 17

Lebensstil

Sein letzter Freund hieß Kasimir 19

Ende gut, alles gut... 20

Jedes noch so kleine Leben zählt... 21

Essays und Ethik

Das Oberhaupt der katholischen Kirche auf Staatsbesuch in Deutschland 22

Internes

Funktionsträger, Kontakt-Adressen, Info-Material 24

Landesverbände in Aktion 26

Auszug aus dem Protokoll 29

Filmvorführung „Meat The Truth“ 31

Verschiedenes

Literaturempfehlungen 32

Restaurant-Empfehlung, veganes Rezept, Impressum 33

Leser/innenbriefe 34

Aktuelles in letzter Sekunde

Brüssel rückt in greifbare Nähe! 35

Positiv-Nachrichten 36



Liebe Mitglieder und Interessenten,

das Jahr ist vorüber – Zeit zum Bilanzieren: Hat sich etwas verändert, im Positiven wie im Negativen?

Dem griechischen Philosophen Heraklit (4. Jh. v. Chr.) wird das Wort pantarei = Alles fließt zugeschrieben; es besagt, dass alles im Wandel begriffen sei. Leider bringen es viele Menschen durch ihr starres Festhalten an überholten Traditionen fertig, Entwicklungen zu blockieren! Dafür bot z. B. Papst Benedikt bei seinem Besuch in Deutschland ein Beispiel. Wie einige kirchliche Amtsträger – einträchtig mit Jägern – tierfeindliche Traditionen zelebrieren, zeigt sich bei den Hubertusmessen; davon ist in dem Beitrag „Die ewig Vorgestrigen“ die Rede.

Die Wirtschafts- und Finanzwelt wird nach wie vor durch die globale Schuldenkrise in Atem gehalten. Ihre Auswirkungen sind katastrophal und vertiefen nicht zuletzt die Unterschiede zwischen Arm und Reich. Dies sowie unsere Nahrungsmittel-Wegwerfmentalität thematisiert der Artikel „Welthungerkrise“ auf Seite 15. Mit dem Beitrag „Die Natur ist aus dem Takt“ wird uns vor Augen geführt, dass der Mensch die Erde zugrunde richtet, wenn nicht bald versucht wird, zu retten, was zu retten ist.

Die schwarz-gelbe „Götterdämmerung“ unserer unfähigen Regierung ist nicht mehr zu übersehen. Auch der bundesdeutsche Tierschutz zeugt von dieser „Regierungskrise“. So vegetieren Millionen „Mastkaninchen“ nach wie vor in engen Drahtgitterkäfigen dahin. Ihr Schicksal und das Versagen der Politik werden in dem Beitrag „Nicht die Tiere, sondern Betrüger gehören hinter Gitter“ thematisiert. Den Kaninchen wurden noch zwei weitere Artikel gewidmet. Positiv zu vermerken ist, dass Ministerin Aigners Absicht, die Hennen bis 2035 in Käfige zu sperren, vom Bundesrat durchkreuzt wurde! Eine gute Nachricht aus Spanien: In Katalonien wurde die schändliche Tradition des Stierkampfes verboten.

Was den wichtigen Energiesektor anbetrifft, so ist zu hoffen, dass in der Zukunft mehr Augenmerk auf alternative, heute vielleicht noch utopisch klingende Möglichkeiten in diesem Bereich gerichtet wird. Der Beitrag „Mut für das Unvorstellbare“ sollte Sie neugierig machen!

Auf den Seiten 29 bis 30 informieren wir Sie über die Zusammensetzung des neuen Bundesvorstandes.

Das Positivste in diesem Jahr war zweifellos das spektakuläre Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 09. November, mit dem die Fünf-Prozent-Klausel bei Europawahlen für verfassungswidrig erklärt wurde. 2014 werden wir höchstwahrscheinlich mit einem oder mehreren Mandatsträger/innen ins EU-Parlament einziehen!

Abschließend möchte ich Ihnen im Namen des Bundesvorstandes versprechen, dass wir auch im kommenden Jahr unser Bestes tun werden, um die Partei voranzubringen und damit einen positiven Beitrag für die Tiere, die Umwelt und uns Menschen zu leisten.

Ich wünsche Ihnen ein harmonisches Jahresende und ein gutes Jahr 2012!

Ihre Margret Giese
Redaktion ZEITENWENDE



LV Baden-Württemberg

Monatlicher offener Gesprächs- und Aktionskreis: Von 18:30 bis ca. 21:00 Uhr im Forum 3 - Café (Bücherstube), Stuttgart, Gymnasiumstr. 19 - 21. Wegen wechselnder Termine bitte bei der Landesgeschäftsstelle (Tel. 07166-1480) oder über www.tierschutzpartei-bw.de anfragen.

LV Bayern

Kontaktmöglichkeit: Barbara Nauheimer, Tel. 08152 - 925326, E-Mail: barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de.

LV Berlin

Informationstreffen jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr. Ort: Rathaus Wilmerdorf, Fehrbelliner Platz 4, Raum 1141. Weitere Infos über berlin@tierschutzpartei.de.

LV Brandenburg

Kontaktmöglichkeit: Kenneth Ehlers, Tel. 03361 - 307610; E-Mail: kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de.

LV Hamburg

Kontaktmöglichkeit: Bettina Jung, Tel. 04165 - 224859; E-Mail: bettina-jung@tierschutzpartei.de.

LV Hessen

Kontaktmöglichkeit: Erna Mayer, Tel. 06434 - 906328, oder Bundesgeschäftsstelle, bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de.

LV Niedersachsen

Kontaktmöglichkeit: Margret Giese, Tel. 05331 - 904525; E-Mail: margret-giese@tierschutzpartei.de.

KV Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Kontaktmöglichkeit: Hans-Ulrich Adler, Tel. 04223 - 2195; E-Mail: ulrich-adler@tierschutzpartei.de.

LV Nordrhein-Westfalen

Kontaktmöglichkeit: Michael Siethoff, Tel. 02371 - 52330 (werktags ab 20.00 Uhr); E-Mail: michael-siethoff@tierschutzpartei.de.

LV Rheinland-Pfalz

Kontaktmöglichkeit: Petra Kuppinger, Tel. 06131 - 678332; E-Mail: petra-kuppinger@tierschutzpartei.de.

LV Saarland

Kontaktmöglichkeit: Stefan Eck, Tel. 0681 - 9403207 (werktags von 14:00 bis 16:30 Uhr); E-Mail: stefan-eck@tierschutzpartei.de.

LV Sachsen-Anhalt

Kontaktmöglichkeit: Bettina Fassl, Tel. 0391 - 56390846, Fax 0391 - 6077283; E-Mail: bettinafassl@aol.com.

LV Sachsen

Kontaktmöglichkeit: Geschäftsstelle des LV Sachsen, Tel. 034346 - 61475, E-Mail: andreas-hantzsche@tierschutzpartei.de.

LV Schleswig-Holstein

Kontaktmöglichkeit: Sascha Bose, E-Mail: sascha-bose@tierschutzpartei.de

LV Thüringen

Kontaktmöglichkeit: Harald v. Fehr, Tel. 03621 - 400766, Fax 03621 - 506611; E-Mail: harald.von-fehr@tierschutzunion.de, Ansprechpartner im „Netzwerk bundesweiter Tierschutz-Notruf“ (0700 - 58585810).

Veranstaltungstermine

Kinotipp: Eine Doku, die Leben rettet...

Seit dem 10. November 2011 ist das Doku-Drama „Bekenntnisse eines Öko-Terroristen“ in den deutschen Kinos zu sehen. Sea Shepherd mit ihrem Frontmann Paul Watson gilt als die radikalste und konsequenteste Umweltschutzorganisation unserer Zeit, die für den Schutz der Meeressäuger gewaltlos, aber gern mit drastischen Mitteln kämpft. Watson nimmt seine Einsatz-Berechtigung aus der „Weltcharta für die Natur der Vereinten Nationen“: Ist keine offizielle Kraft in der Nähe, um Umweltschaden zu verhindern, darf laut dieser jeder Mensch aktiv werden – zum Wohl aller! Den Trailer kann man sehen unter: <http://www.trailerseite.de/film/11/bekenntnisse-eines-oeko-terroristen-kino-trailer-21235.html>.

Demonstration „Wiesbaden pelzfrei“

Am Samstag, den 28. Januar 2012 wird in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gegen das Tragen von Pelzbekleidung demonstriert. In Hessen gibt es keine Pelztierfarmen mehr, doch die pelzverarbeitende und -verkaufende Industrie ist hier umso mehr vertreten wie zum Beispiel durch die internationale Messe Fur & Fashion und durch das Deutsche Pelzinstitut. Treffpunkt ist der Hauptbahnhof; Infostände ab 10:00 Uhr; Demo-Beginn um 12:00 Uhr. Die Demo wird mit veganen Snacks und am Abend mit einer Tierrechtsparty abgerundet. Weitere Infos: <http://wpf.veganside.de>.

Veggie-Stammtisch in Mainz

Veganer, Vegetarier, Rohköstler und interessierte „Noch-Nicht-Vegetarier“ können sich zum gemeinsamen Essen und zu einem Gedankenaustausch jeden zweiten Freitag im Monat ab 18:00 Uhr im Restaurant Baron, Uni Campus Mainz, Johann-Joachim-Becherweg 3 treffen. Zuvor bitte nachfragen, ob die Veranstaltung stattfindet! Ansprechpartnerin: Petra Kuppinger (LV Rheinland-Pfalz), Tel.: 06131-678332, mainz@vebu.de.

VeggieWorld –

Die Messe für nachhaltiges Genießen

Wie schon in der vorherigen Ausgabe der „Zeitenwende“ angekündigt, öffnet vom 24. bis 26. Februar 2012 die Publikumsmesse „VeggieWorldmesse“ wieder ihre Pforten in den Rhein-Main-Hallen in Wiesbaden. Auch die Partei Mensch Umwelt Tierschutz wird an diesen drei Tagen mit einem eigenen Messestand vertreten sein. Rund 40 Aussteller und rund 20 000 Besucher werden erwartet. Weitere Informationen: www.veggie-world.de

Bessere Zeiten für Kaninchen: Fehlanzeige!

„Nicht Tiere, sondern **Betrüger** gehören hinter Gitter“

Sie heißen Hansi, Hoppel, Mucki oder Mümmel. Sie sind nach kurzer Zeit zutraulich bis verschmust und schließen mit „ihrem Menschen“ eine enge Freundschaft. Nicht selten sind sie in ihren menschlichen Sozialpartner regelrecht verliebt und zeigen dies durch zärtliche Annährungsversuche oder tollkühne Freudensprünge.

Sie sind neugierig und verspielt, aber werden, was ihre Intelligenz und ihr Gefühlsleben betrifft, oft verkannt. Wer sie näher kennengelernt hat, weiß, dass sie Freude und Kummer, Wohlbefinden und Schmerz genauso empfinden wie wir: Kaninchen.

Nicht umsonst ist – neben Hund und Katze – das Kaninchen ein beliebtes Heimtier in bundesdeutschen Haushalten, das, wenn Fürsorge, Pflege und vor allem die Haltungsbedingungen stimmen, durchaus ein angenehmes und langes Dasein – im Gegensatz zu einem Leben in freier Natur – führen kann. Leider steht diese Tierart aber auch auf der Liste jener „Nutztiere“, die durch Menschenhand unermessliches Leid erfahren. Das einerseits geliebte „Kuscheltier“ steht nämlich andererseits auf dem Speiseplan jener Menschen, die weder Ehrfurcht vor dem Leben noch Mitgefühl mit der leidenden Kreatur kennen.

Laut Statistischem Bundesamt werden in der Bundesrepublik Deutschland rund 42 000 Tonnen Kaninchenfleisch pro Jahr verzehrt. Dies bedeutet, dass etwa 25 Millionen „Mastkaninchen“ jährlich geschlachtet werden. Diese „Mastkaninchen“ leben in erbärmlichen Verhältnissen, denn „tiergerechte“ bundeseinheitliche Haltungsverordnungen existieren nicht. Diese Gesetzeslücke in dem ach so tierlieben Deutschland wird seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten immer wieder von den verschiedensten Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen, ja sogar von einigen poli-

tischen Parteien eingefordert – bisher erfolglos. Der letzte Antrag im Jahr 2010 von Bündnis90/Die Grünen auf eine deutliche Verbesserung der Haltungsbedingungen von „Mastkaninchen“ wurde durch die Ausschussmitglieder von CDU/CSU, SPD und FDP mit fadenscheinigen Begründungen und Vertröstungen auf die nächste Legislaturperiode abgelehnt.



Nun hat Bundesministerin Ilse Aigner – die kommende Bundestagswahl und die Wählerstimmen der Tierfreunde im Hinterkopf – medienwirksam ein Tierschutzpaket der Regierung verkündet, in dem auch die Mastkaninchenhaltung endlich geregelt werden soll. Aber wie nicht anders zu erwarten war, ist Aigners Eckpunktetpapier alles andere als ein Tierschutzpaket, eher ein Tiernutzpaket, denn die tierquälerische Batteriekäfighaltung soll beibehalten werden. Die gesetzlichen Anforderungen an die Mastkaninchen-Züchter sind so niedrig gehalten, dass sie sogar schon jetzt

durch die Vorgaben des Tierschutzgesetzes übertroffen werden. Mit anderen Worten: Es wird sich nichts verändern, und die Abschaffung der Käfigmast ist in weite Ferne gerückt. Aufrichten, Hoppeln, freies Bewegen, all diese essentiellen Bedürfnisse sind für die Kaninchen in den engen und zu niedrigen Batteriekäfigen unmöglich. Man kann Bundesministerin Aigners Tierschutzpaket insgesamt nur als einen deutlichen Rückschritt bewerten.

In den Nachbarländern Schweiz und Österreich wurde die tierquälerische Käfighaltung von Kaninchen bereits abgeschafft. In der Schweiz darf in deutschen Mastanlagen erzeugtes Kaninchenfleisch nur noch mit dem deutlich sichtbaren Hinweis „aus in der Schweiz nicht zugelassener Haltungsform“ vermarktet werden. Unter Ilse Aigner ist der

Tierschutz zu einer Farce verkommen; sie hat zwar eine demokratische Legitimation, im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in der Wilhelmstraße 54 in Berlin zu sitzen, ihre moralische Legitimation dafür hat sie verloren. Zeitenwende für Kaninchen? Mit Ilse Aigner Fehlanzeige! Solange sie das Sagen hat, werden sie auch weiterhin gnadenlos gequält und hinter Gittern um ihre Rechte und ihre Freude am Leben betrogen. Nicht die Tiere, sondern die Betrüger gehören hinter Gitter...

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Schlüsselanhänger mit lebendigen Tieren

Perversion kennt keine Grenzen

Das Mitgefühl nimmt rapide ab!

Vor einigen Monaten deckte die Presse eine neue Art von unsagbarer Tierquälerei auf: In China werden lebende Tiere in kleine Plastiksäckchen eingeschweißt, die als Schlüsselanhänger verkauft werden. Die Nachfrage ist riesig - in den Millionen-Metropolen Chinas werden in U-Bahnen und kleinen Kiosken diese abartigen Produkte den Verkäufern geradezu aus den Händen gerissen.

Die Geldgier der Produzenten dieser trendigen „Gimmicks“ und die Perversion der Käufer scheinen keine Grenzen zu kennen.

Fische, Salamander, kleine Schildkröten und andere Tiere werden als lebende Dekorationsobjekte in kleine Beutel mit etwas eingefärbtem Wasser hineingezwängt, die nur etwa sieben Zentimeter lang sind. Die Verkäufer erklären den Kunden zwar, dass das Wasser mit allen notwendigen Nährstoffen angereichert sei, um ein langes Überleben der Tiere sicherzustellen. Inter-

Tiere als lebende Dekorationsobjekte

nationalen Tierschutzorganisationen zufolge überleben die Tiere in diesen durchsichtigen Todeszellen aber nur kurze Zeit – und das unter unglaublichem Stress, Angst und Schmerzen. Sobald die Beutel verschweißt sind, führen fehlende Nahrung und Sauerstoffmangel im Wasser oder in der kleinen Luftblase zu einem qualvollen Tod durch Verhungern oder Erstickung. Die Verwendung lebender Tiere in einem Produkt ohne wirklichen Wert bedeutet auch, dass viele dieser „Schmuckstücke“ einfach vergessen werden oder bei Nichtgefallen im Abfall landen.

So schockierend diese Tierquälerei auf uns wirkt, die Käufer in China finden die Schlüsselanhänger „witzig“ oder „in“. Ihre Herstellung und die inhumane Behandlung der Tiere unter völliger Missachtung ihrer Bedürfnisse und ihres Lebens zeigt wieder einmal das wahre Gesicht der „Be-

stie Mensch“. Den Erfindern dieser Wegwerfartikel und auch den Käufern muss jedes Gefühl von Mitleid und Empathie fremd sein.

Wie weit kann die Moral noch sinken? Wie abgetötet müssen die Gefühle dieser Menschen sein? Wenn lebende Tiere zu Dekorations-

Wie weit kann die Moral noch sinken?

artikeln in Plastikbeuteln missbraucht werden, wo ihnen ein langsamer und qualvoller Tod gewiss ist, zeigt dies wieder einmal, dass eine große Zahl von Menschen weiter in die Immoralität und Gefühllosigkeit abgeglitten ist. Diese Menschen missachten das Leben all jener, die schwächer sind, die sich nicht wehren können und die gerade deshalb auf unseren Schutz angewiesen sind. Für uns ist ein solches Verhalten unfassbar, in China ist es grausame Realität.

Es ist ein Skandal und eine weitere Schande für das tierfeindliche China, dass die Behörden nicht einschreiten. China,

das ist ein Land, in dem jegliche Tierschutzgesetze fehlen und in dem Menschen, die sich für Tierschutz und Tierrechte in der Öffentlichkeit aktiv einsetzen, nicht selten mit Gefängnis bestraft werden.

Was Tierschutz betrifft, gehen die positiven Veränderungen in China im Schnecken-tempo vor sich: Bären werden in viel zu kleinen Käfigen immer noch in Bärenfarmen gehalten, um ihnen Gallenflüssigkeit zu entnehmen, Hunden und Katzen wird das Fell bei lebendigem Leibe abgezogen und als Billigpelz exportiert, verschiedene Tierarten werden in chinesischen Restaurants als Delikatesse lebend verspeist, was mehr ein zusätzlicher „Kick“

Tiere werden als Delikatesse lebend verspeist

als eine kulinarische Köstlichkeit ist. In einem solchen Land ist es kein Wunder, dass kleine Schildkröten, Fische und Salamander zu Deko-Artikeln in Schlüsselanhängern verarbeitet werden. Es sind ja nur Tiere, noch dazu kleine...

Da China einer der größten Handelspartner Deutschlands ist und schon bei Menschenrechtsverletzungen ein Auge zugedrückt wird, darf man nicht hoffen, dass unsere Regierung protestiert, wenn Tierrechte im fernen Reich der Mitte massiv mit Füßen getreten werden. Mitgefühl mit Tieren – in China Fehlanzeige! Und daran wird sich leider nichts ändern.

Sabine Pankau/Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



Tierheim Miskolc und Cani F.A.I.R. e.V.

Mit vereinten Kräften **positive Veränderungen** bewirken...

Die Zusammenarbeit begann im April 2008, als das ungarische Tierschützerteam dringend einen Partnerverein suchte. Das alte Tierheim in Miskolc – der drittgrößten Stadt Ungarns, sie liegt im Nordosten des Landes – wurde im Jahr 2000 durch private Initiative zweier ungarischer Tierschützerinnen gegründet und lag am Rande der Stadt im Grünen zwischen Gärten. Die selbst gebauten Zwinger waren einfach, aber zweckmäßig und boten in Not geratenen Hunden Zuflucht.

Das ungarische Tierschützerteam rund um Livia, Zoltán, Nina und die Tierärztin Angéla kümmerte sich hingebungsvoll um ihre vierbeinigen Schützlinge. Leider wurde das Tierheim fünf Jahre später fast komplett durch ein Erdbeben zerstört, das einen gewaltigen Erderschütterung auf dem Gelände auslöste. Etwa die Hälfte der Anlage rutschte ca. 10 Meter in die Tiefe und das darauf befindliche Gebäude und die Zwinger ebenfalls.

Die Hunde mussten provisorisch in kleinen Zwingern untergebracht werden, es gab keinen Strom mehr und kein fließendes Wasser. Die Tierschützer schienen am Ende, die finanziellen Mittel reichten nicht aus, um ihre wichtige Arbeit fortzusetzen. Doch dann sprang Cani F.A.I.R. e.V. ein, und seitdem hilft dieser Verein bei der Versorgung der Tiere mit Futter und Medikamenten, übernimmt Operationskosten und konnte einen Beitrag zum Aufbau des neuen Tierheims leisten. Darüber hinaus wurden zahlreiche Hunde nach Deutschland in ein neues Zuhause vermittelt.

Ein wichtiges Anliegen von Cani F.A.I.R. ist die Nachhaltigkeit der Tierschutzarbeit. Neben der Vermittlung von Tieren in neue Familien in Ungarn und nach Deutschland wird die Aufklärung vor Ort über artgerechte Haltung und den respektvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen gefördert. Im Neubau des Tierheims wird ein Schulungsraum eingerichtet, um Gruppen wie

Bürgermeister nahm an den Eröffnungsfeierlichkeiten teil, was für die ungarischen Tierschützer eine große Auszeichnung bedeutete.

Neben der Pflege der vierbeinigen Schützlinge nehmen die ungarischen Tierschützer mit Infoständen an verschiedenen lokalen Veranstaltungen teil und knüpfen Kontakte zu örtlichen Politikern, um die Lebensbedingungen aller Tiere in der Region Miskolc nachhaltig zu verbessern. Eines der beiden großen Zwingergebäude ist bereits fertiggestellt, das zweite dringend benötigte Hundehaus befindet sich noch im Bau. Auf dem Tierheimgelände gibt es auch sonst noch viel zu tun: Ein Auslauf für die Hunde soll eingerichtet werden, ein Katzenhaus ist in Planung, und das noch etwas einer

Baustelle gleichende Gelände soll begrünt werden. Eines der gemeinsamen Highlights der deutschen und ungarischen Tierschützer ist das alljährliche Hundetreffen in Burscheid in Deutschland, zu dem alle Adoptivfamilien mit ihren Hunden eingeladen



Das Highlight der Tierschützer: Das alljährliche Hundetreffen in Burscheid.

z.B. Schulklassen einzuladen und ihnen den Umgang mit Tieren näherzubringen.

Das neue Tierheim liegt in einem Industriegebiet in Miskolc. Ein Meilenstein war geschafft, als im April 2010 die Einweihung gefeiert wurde. Sogar der stellvertretende

Bürgermeister nahm an den Eröffnungsfeierlichkeiten teil, was für die ungarischen Tierschützer eine große Auszeichnung bedeutete.



Das Tierheim wurde durch ein Erdbeben fast komplett zerstört...



...das neue Tierheim liegt in einem Industriegebiet in Miskolc.

werden. Das ungarische Team reist zu diesem Fest an und freut sich immer wieder darüber, ihre ehemaligen Schützlinge so glücklich zu sehen und ihre neuen Familien kennenzulernen.

Canis F.A.I.R. verwendet bei den Reisen von Ungarn nach Deutschland einen geräumigen Transporter, ausgestattet mit fest eingebauten Transportboxen, Klimaanlage und Beleuchtung. Auf der Fahrt nach Ungarn werden Futter, Decken, Medikamente etc. für das Tierheim mitgenommen.

Mit der Vermittlung der Hunde geht eine ausführliche Beratung und Vorkontrolle einher, und auch wenn die ungarischen vierbeinigen Familienmitglieder eingezogen sind, steht das Canis F.A.I.R.-Team den neuen Besitzern stets mit Rat und Tat zur Seite. Seit Vereinsgründung konnten fast 700 Hunde und 44 Katzen in ein neues Zuhause vermittelt werden.

Die Tierschützer in Miskolc haben in Canis F.A.I.R. einen verlässlichen Partner gefunden, der sie dabei unterstützt, den

Tierschutz in Ungarn voranzubringen. Canis F.A.I.R. wurde im Oktober 2011 auf den 3. Platz für das beste Auslandstierschutzprojekt im Rahmen des Wettbewerbs „Goldene Pfote“ von TASSO gewählt. Wenn Sie noch mehr über Canis F.A.I.R. e.V. und die Tierschützer in Miskolc erfahren möchten, besuchen Sie bitte den Verein im Internet auf der Seite: www.canifair.de.

*Sigrid Wellmann (Landesverband
Hessen) für ZEITENWENDE*

Eine Wende für die Streunertiere in Europa?

Tierschützer kämpfen für neues EU-Gesetz in Brüssel

Die europäische Politik muss die Verantwortung für Millionen Straßentiere übernehmen! Für dieses Ziel kämpft eine Gruppe von Tierschützern in Brüssel. Initiatoren dieser Aktion, der sich bisher rund 150 Tierschutzorganisationen angeschlossen haben, ist der Verein Ärzte für Tiere.

Am 22. November 2011 hatten Maja von Hohenzollern, Hans-Joachim Richter, Dieter Ernst von ETN e.V., Birgit Lewe von Pfotenhilfe Europa und Marion Löcker von Robin Hood aus Österreich einen Termin in Brüssel mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses

des europäischen Parlaments, Frau Mazzoni. Dieses Treffen wurde dazu genutzt, die Petition zu übergeben und auf die Dringlichkeit einer Entscheidung durch das EU-Parlament in einem persönlichen Gespräch hinzuweisen.

Die Unterschriftensammlung soll im Februar oder März 2012 medienwirksam an die SANCO (Behörde u.a. für Tierschutz und Gesundheit) in Brüssel übergeben werden. Es ist geplant, dass auch die Partei Mensch Umwelt Tierschutz bei der offiziellen Übergabe vor Ort ist.

Sabine Jedzig
Redaktion ZEITENWENDE



Barcelona, 25. September 2011: Überall in den Nachrichten ist es zu hören, niemand kann behaupten, er habe es nicht mitbekommen. Das Ende einer Ära im spanischen Katalonien steht unmittelbar bevor, nachdem ein Verbot, das ein Jahr zuvor beschlossen wurde, in Kraft tritt. Dass es an diesem Tag der letzte katalonische Stierkampf sein würde, war also bereits gewiss. Ein großer Tag für den Tierschutz!

Was blieb, war ein Wermutstropfen: Für sechs Stiere, die an diesem historischen Datum zur Unterhaltung von ca. 18 000 Zuschauern noch sterben würden, kam diese Wende zu spät. Auch sie wurden noch – völlig legal – Opfer einer Barbarei, die einer abstoßenden, gewinnorientierten Volksbe-

entstehen kann. Das Tier hat durch all diese „Vorgehungen“ so gut wie keine Chance, und mit Mut hat dieses blutige Spektakel nichts zu tun.

Einen sadistischen Tierquäler zu bewundern und ihn zu verehren, empfindet jeder Mensch, der über ein normales Gefühlsleben verfügt, als im höchsten Grade absurd, wenn nicht sogar als krank. Stierkämpfe haben in einem modernen Europa nichts mehr verloren; es sind Anachronismen einer längst vergangenen Zeit. Aber unterschiedliche Motive von Stierkampf-Befürwortern sind der Grund dafür, dass diese Perversion in anderen Teilen Spaniens, in Südfrankreich und in Portugal nach wie vor erlaubt ist. Da sind die „stolzen“

seine Familie eines Tages stolz auf ihn ist, da er landauf landab gefeiert und bewundert wird. Nicht zuletzt sind diejenigen zu nennen, die für ein lukratives Geschäft sprichwörtlich über Leichen gehen – Veranstalter und weitere wirtschaftliche Nutznießer, darunter auch die Kampfstierzüchter, die sich obendrein noch über satte EU-Subventionen freuen dürfen. Doch was bisher ein sehr einträgliches Geschäft war, scheint langsam aber sicher der Vergangenheit anzugehören: Die Zuschauerzahlen sinken von Jahr zu Jahr, immer lauter werdende Stimmen machen gegen diese blutig-barbarische „Tradition“ mobil. Der junge Spanier beginnt offenbar umzudenken, viele haben laut repräsentativer Um-

„Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“ (Mahatma Gandhi)

Der letzte Stierkampf in Katalonien

lustigung dient.

Allein in Spanien werden jährlich rund 4 000 Stiere in Arenen und bei sogenannten Fiestas zum Spaß der Massen grausam gequält und getötet; Veranstaltungen dieser Art gibt es jedoch auch in Südfrankreich und Portugal. Das blutrünstige Publikum zeigt sich begeistert von dem vermeintlichen Mut und der manipulierten „Überlegenheit“ des Matadors und merkt dabei nicht, wie es getäuscht wird. Der Stier ist ein von seinem Naturell her friedliches, aber wehrhaftes Tier, das mit zuvor eingefloßten Medikamenten, Schnitten in die Muskeln, Schlägen mit Sandsäcken in die Nieren und der Sicht beraubt durch fetthaltige Salbe in den Augen, bewusst an einer fairen Verteidigung seines Lebens gehindert wird. Er wird durch Speere mit Widerhaken gequält und gereizt, um in ihm Todesangst und Aggression zu erwecken, damit ein „spannender Kampf“ zwischen Mensch und Tier“ überhaupt erst

Spanier alter Schule, die sich auf ein „Traditionsrecht“ berufen. Aber Traditionen sind niemals ein Garant für das moralisch Richtige, sonst gäbe es heute noch Gladiatorenkämpfe, Sklaverei und sonstige Grausamkeiten, die viele Jahrhunderte, wenn nicht gar Jahrtausende existierten. Da ist das Publikum, das sensationslüstern nach dem Adrenalinkick dürstet. Dann ist da noch der Mann, der schon als kleiner Junge davon träumte, Torero zu werden, damit

fragen zumindest „kein Interesse“ am Stierkampf bekundet. Vielleicht beginnt eine junge Generation in Spanien zwischen Kultur und Perversion zu unterscheiden. Was den Stierkampf anbetrifft, so ist zu hoffen, dass Katalonien keine Ausnahme bleibt, sondern einen entscheidenden Meilenstein auf dem Weg in eine neue Ära darstellt, und dass auch andere spanische Provinzen sowie Nachbarländer nachziehen. Desinteresse und zunehmender Boykott tragen entscheidend dazu bei, dass das angebliche „Kulturgut“ Stierkampf“ unwirtschaftlich und damit eines Tages der Vergangenheit angehören wird.

„Ignoriert, verlacht und bekämpft“ – die spanischen Tierschützer hielten es aus, und sie wurden in Katalonien mit dem Sieg belohnt. Dies Beispiel macht auch uns Mut, den Kampf für die Rechte der Tiere ohne Wenn und Aber fortzuführen!

Manuela Rollins

Redaktion ZEITENWENDE



Die Zeiten ändern sich: Bundesrat lehnt Gesetzentwurf zur Hennenhaltung ab!

Endlich! – Ohrfeige für Ministerin Ilse Aigner

Am 23.09.2011 lehnte der Bundesrat eine vom BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) vorgelegte Verordnung zur Kleingruppen-Käfighaltung für Legehennen ab.

Darin war – gemäß der Doktrin von Bundesagrarministerin Aigner (CSU), den profit-orientierten Interessen der „Nutztier“-Ausbeuter zu dienen – vorgesehen, die tierquälerischen Käfige bis 2035 weiter zu dulden. Sie wurde aufgefordert, zügig Verhandlungen mit den Ländern aufnehmen, damit eine Neuregelung bis Ende März 2012 gefunden wird.

Diese Entscheidung des Bundesrates war eine schallende Ohrfeige für Ilse Aigner und für die Koalitionsregierung. Es war ein guter Tag für den Tierschutz!

Rückblick: Seit Jahrzehnten waren Tierschützer und Tierrechtler für die Abschaffung der Batteriekäfighaltung von Legehennen auf die Straße gegangen. Und dann der erste große Erfolg: „Ab Ende 2006 ist die herkömmliche Käfighaltung verboten“, verkündete Landwirtschaftsministerin Renate Künast 2005 und setzte sich damit über einen zuvor vom Bundesrat getroffenen Beschluss hinweg. Sie werde die dort gebilligte Tierschutz-Verordnung für Schweine und andere Nutztiere nicht unterzeichnen. Die Agrarindustrie reagierte und musterte eine große Zahl von Batteriekäfigen aus, viele Betriebe gingen zur Boden- oder sogar zur Freilandhaltung über. Man sprach von der Agrarwende!

Kaum hatte Horst Seehofer das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übernommen, erließ er die „Zweite Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung“, die – neben einer Neuregelung der Schweinehaltung – den zeitlich unbefristeten Betrieb modifizierter Legehennen-Käfige vorsah.

Dieser Hühnerknast ist zwischen 50 und 60 cm hoch und umfasst, neben einer Nesthöhle von 90 cm², eine Bodenfläche von 800 cm² je Huhn. 90 cm² dieser Fläche (das entspricht einem Bierdeckel) müssen für Einstreu geeignet sein, der Rest der Bodenfläche kann aus Drahtgitter bestehen. Insgesamt steht damit einer Legehenne ein



Lebensraum von etwas mehr als einem DIN A4-Blatt zur Verfügung. Zugleich verlängerte Seehofer die von Renate Künast auf Ende 2006 festgelegte Übergangsfrist für die tierquälerischen Batteriekäfige auf Ende 2008 und - abhängig von einer behördlichen Einzelfallgenehmigung – auf Ende 2009.

Die ersten Eierschachteln mit dem Aufdruck „Frische deutsche Eier aus Kleingruppenhaltung“ gelangten 2008 in den Handel, wurden aber vom Konsumenten nicht angenommen, weil sie durch die Aufklärungsarbeit verschiedener Tierschutzorganisationen, der MUT-Partei sowie durch zahlreiche Medienberichte über den „Betrug Kleingruppenhaltung“ informiert waren. Daraufhin stiegen nach und

nach die meisten großen Lebensmitteldiscounter und -produzenten aus der Vermarktung bzw. Verarbeitung von Eiern aus der Kleingruppenkäfig-Haltung aus. Seehofer war „abgewatscht“ nach Strich und Faden!

Mit der Nachfolgerin von Horst Seehofer, Ministerin Ilse Aigner, kam man leider vom Regen in die Traufe. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine Neuregelung der tierquälerischen Kleingruppen-Haltung von Hennen bis März 2012 einfordert, kündigte Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner wortgewaltig gleich ein ganzes Tierschutzpaket an. Da sie Tierschutz sehr eigenartig interpretiert und möglicherweise als bayrisches Mädel dem Bauernstand und deshalb auch den Hühnerbaronen sehr zugetan ist, verwundert es nicht, dass im Landwirtschaftsministerium beschlossen wurde, den bestehenden Käfighaltungsanlagen einen Bestandsschutz bis 2035 einzuräumen. Man wollte es sich ja nicht mit seiner Klientel verderben...

Nach Seehofer hat jetzt auch Ministerin Ilse Aigner ihre Ohrfeige bekommen – endlich!

Sabine Jedzig/ Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Aus welcher Haltung ein Ei stammt...

...zeigt der Stempel auf der Schale:

- 0 = ökologische Erzeugung
- 1 = Freilandhaltung
- 2 = Bodenhaltung
- 3 = Käfighaltung

Nicht die Wale bekommen Schutz, sondern ihre Jäger!

Captain Watson, alles klar zum Entern?

Sicher können sich viele Parteimitglieder an unseren Mega-Event mit Captain Paul Watson im letzten Herbst in Hannover erinnern. Er berichtete von schönen Begegnungen mit Walen und schrecklichen Erlebnissen mit den Walmördern.

Seit nunmehr über 30 Jahren kämpft diese lebende Legende mit der Organisation „Sea-Shepherd“ gegen den Mord an Walen und Delfinen, und dies mit großem Erfolg und mit viel medialem Interesse.

In diesem Jahr musste z.B. die Waljagd der Japaner aufgrund von „Störaktionen“ durch Sea-Shepherd abgebrochen werden, sodass nicht einmal ein Drittel der vorgesehenen Fangmenge erreicht wurde. Die Gegenreaktion des ergrimmt japanischen Fischereiministeriums ließ nicht lange auf sich warten: Es wurde beschlossen, zukünftig die Walfangflotte unter Begleitschutz zu stellen, um die lästigen Störaktionen zu verhindern. Noch ist nicht bekannt, ob und mit welchen Waffen der sogenannte Begleitschutz ausgerüstet wird. Aber nach den bisherigen Erfahrungen wird man nicht zimperlich mit Captain Paul Watson und seiner Crew umgehen. Ein Beispiel aus der Vergangenheit zeigt, dass man vor nichts zurückschreckt. Im Januar 2010 wurde das Sea-Shepherd-Schnellboot „Ady Gil“ durch einen Rammstoß eines Walfangschiffs schwer beschädigt und musste kurze Zeit später von Captain Watson aufgegeben werden. Dass kein Menschenleben zu be-

klagen war, grenzt an ein Wunder.

Trotz des im Jahr 1986 in Kraft getretenen Fangmoratoriums wird von Japan, Norwegen und Island immer noch Jagd auf Wale gemacht. Die Japaner berufen sich dabei auf eine Ausnahmeregelung zu „Forschungszwecken“. Die angebliche Forschung ist natürlich nur ein Deckmantel für die kommerziellen Motive, denn Japan hat bisher keinerlei nennenswerte neue Erkenntnisse für die Walforschung geliefert.

Fast alle erlegten Tiere landen auf dem Nahrungsmittelmarkt, und dies, obwohl nicht einmal mehr 5 Prozent der Japaner Walfleisch essen und mittlerweile 4500 Tonnen gefrorenes Walfleisch in den Kühlhäusern lagern. Da die Nachfrage gering ist, wird es zu einem Drittel des ursprünglichen Preises an Schulen und Krankenhäuser verkauft. Skandalös ist, dass der Walfang vom japanischen Staat mit jährlich ca. 7 Millionen Euro subventioniert wird! Die gleiche Summe soll nun zusätzlich für „Sicherheitsmaßnahmen“ bereitgestellt werden.

Wenn man sich vor Augen führt, welche schrecklichen Ereignisse das japanische Volk in Fukushima dieses Jahr ereilt haben, wie viele Menschen immer noch obdach-

los sind und in Turnhallen leben, so fragt man sich: Hat Japans Regierung nichts Besseres zu tun, als Geld in den Walfang zu investieren? Zahlreiche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen haben das Land nach der Atomkatastrophe unterstützt; man kann es nur als zynisch bezeichnen, wenn die Hilfen der globalen Gemeinschaft mit einer Absicherung des Walfangs durch Begleitschiffe beantwortet werden!

In diesem Jahr sollen im antarktischen Walschutzgebiet 1000 Wale getötet werden. Doch auch „Sea-Shepherd“ rüstet auf: Die „Steve Irwin“ ist bereits in der Antarktis, die „Bob Barker“ und „Brigitte Bardot“ sollen folgen. Im Gespräch mit dem britischen „Guardian“ sagte Paul Watson, er erwarte eine „entscheidende Schlacht“ - er sei nicht zum Protestieren dort, sondern zum Intervenieren.

Es ist eine in vieler Hinsicht entscheidende Zeit, in der die Menschheit nicht mehr lange die Chance hat, das Ruder herumzureißen. Mitgefühl und Vernunft müssen die Oberhand gewinnen, und es dürfen nicht überkommene Traditionen, Egoismus und Geldgier als oberste Maximen die Welt regieren. Nicht nur der Wal- und Delfinfang muss der Vergangenheit angehören, auch der Konsum von Milch und Fleisch sowie die Zerstörung der Regenwälder, der Weltmeere und des Klimas. Paul Watson kann uns ein Vorbild sein; er lamentiert nicht, er handelt. Und das sollten wir alle tun: Rausgehen und handeln, bevor es zu spät ist und die Jäger, gleich welcher Art, zu Gejagten machen.

Sabine Pankau

Redaktion ZEITENWENDE



Fotoquelle: Sea Shepherd

Über Jäger, Amtskirchen und Hubertusmessen

Die ewig Vorgestrigen

Bei den meisten Menschen verändert sich durch die cerebrale Informationsverarbeitung neuer Erkenntnisse das, was aus ihrem Frontallappen (Rechenzentrum des Gehirns) fließt – sprich ihr Denken, ihr Verhalten, ihre Sichtweisen und Handlungen.

Bei Jägern und kirchlichen Würdenträgern scheint dieser natürliche Vorgang gestört zu sein – eine geradezu pathologische Auffälligkeit. Wenn es um das christliche, anthropozentrische Weltbild geht, versagt bei ihnen die Natur – mit anderen Worten ihr Gehirn und Denkvermögen. Sie bleiben die ewig Vorgestrigen und huldigen mit heidnisch anmutenden Traditionen einem antiquierten Weltbild, das im 21. Jahrhundert eigentlich nichts mehr verloren hat: Ich spreche von Hubertusmessen.

Nicht genug des Übels: Auch der tiefere Sinn der Hubertuslegende wird ins Gegenteil verkehrt, und man muss sich fragen, ob die Damen und Herren im grünen Gewand sowie ihre klerikalen Gefolgsleute selbst an ihre verlogene Botschaft glauben. Aus diesem Grunde wird den Besuchern dieser Messen die Legende auch oft vorenthalten; bei einer so leicht durchschaubaren Lüge von der Kanzel herab wird es wahrscheinlich selbst dem abgebrühtesten Gottesmann dann doch zu peinlich.

Dem heiligen Hubertus (Hubertus von Lüttich, Bischof von Maastricht und Lüttich, um 655 in Toulouse geboren und am 30. Mai 727 verstorben) erschien der Legende nach bei der Jagd ein Hirsch mit einem leuchtenden Kreuz zwischen dem Geweih, und eine Stimme sprach: „Hubertus, warum verfolgst Du mich?“ Hubertus kniete vor dem Hirsch nieder, weil er in ihm die Verkörperung Christi sah. Von dieser Vision zutiefst beeindruckt, schwor sich Hubertus, für immer der Jagd zu entsagen.

Der „heilige Mann“, der im Übrigen auch als fürsorglicher Wohltäter galt, wurde von der Kirche kurzerhand zum Schutzpatron der Jäger, aber auch der Kürschner, Metzger (wahrscheinlich, das moralische Niveau dieser Berufe insgeheim im Auge, gut bedacht) und einiger anderer Berufssparten unfunktioniert.

Anstatt dem guten Beispiel ihres Schutzpatrons zu folgen, bringen die Jäger jährlich sage und schreibe 5,5 Millionen Wildtiere in Wald und Flur zur Strecke. Dabei stehen keinesfalls die Beschaffung von Nahrungsmitteln oder die immer wieder zitierte Hege und Pflege im Vordergrund,

sondern vielmehr das faszinierende Freizeitvergnügen, Herr über Leben und Tod zu spielen und die Lust am Töten legal ausleben zu können.

Dafür erhalten die Waidmänner und -frauen bis heute den kirchlichen Segen in Hubertusmessen, bei denen häufig Tierleichen auf oder neben dem Altar aufgebahrt werden. Die grausame Realität des millionenfachen Tiermordes wird bei diesen archaischen „Gottesdiensten“, die eher an heidnische Opferriten erinnern, natürlich ausgeblendet. Man kommt nicht umhin, sich die Frage zu stellen, ob es sich bei dieser totalen Ausblendung der Realität entweder um einen „Selbstbetrug par excellence“ oder um Schizophrenie in Reinkultur handelt – oder um beides.

Die Realität mehr im Auge haben Vatikan und EKD (Evangelischen Kirche in Deutschland); sie fördern die traditionsreichen und meist gut besuchten Hubertusmessen, da man sich in Zeiten steigender Kirchenaustritte wenigstens die Klientel der Jäger nicht auch noch vergaulen will.

Die ewig Vorgestrigen bleiben also unter sich. Eine Veränderung zum Positiven: Fehlanzeige!

Vielleicht liegt es doch an den Frontallappen... „Die Jagd ist eine Nebenform menschlicher Geisteskrankheit.“ (Ex-Bundespräsident Theodor Heuss)

Kristine Conrad/Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



Zeitenwende für Kanzlerin Angela Merkel & Co.

Schwarz-gelbe Götterdämmerung

Zwei Jahre nach der Bundestagswahl 2009 und dem Sieg des erzkonservativen Lagers in dieser Republik ist aus der Koalitionsregierung nur noch ein erbärmlicher und handlungsunfähiger Scherbenhaufen übrig geblieben.

Das Wahlvolk ist sauer über die Leistung der schwarz-gelben Regierung; die FDP ist bei den letzten Umfragen im Sturzflug von knapp 15 Prozent vor zwei Jahren auf 2 Prozent gefallen. Für Merkel und Co. ist „Götterdämmerung“ angesagt, und nur ein Wunder kann die christlich-liberale Regierung noch retten, die nicht nur den Imageverlust durch die gefallenen Engel Guttenberg und Westerwelle verkraften musste. Eigentlich ist alles schiefgelaufen, was schiefgehen konnte – angefangen von den Steuersenkungsquerelen mit dem Koalitionspartner FDP bis hin zum zeitgenauen Supergau in Fukushima, der die folgenden Landtagswahlen maßgeblich und für Schwarz-Gelb äußerst negativ beeinflusste. Kein Wunder, dass jetzt 62 Prozent der Deutschen nach dem Regierungsdebakel der vergangenen zwei Jahre davon überzeugt sind, dass Angela Merkel die eigene Truppe nicht mehr richtig im Griff hat.

Rund 82 Prozent der Deutschen halten das Euro-Krisenmanagement von Merkel für „eher schlecht“, so das vernichtende Urteil aus einer Umfrage im Herbst dieses Jahres. Noch schlimmer für die Kanzlerin: 66 Prozent der Bevölkerung lehnen weitere Milliardenhilfen aus Steuergeldern bzw. aus dem Euro-Rettungsfonds für Griechenland oder andere Schulden-Staaten ab. Gerade einmal 40 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland noch von der EU wirtschaftlich profitiert.

Nach einer Emnid-Umfrage vermuten 82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mittlerweile und wahrscheinlich zu Recht, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Griechenland-Rettung nicht mit of-

fenen Karten spielt. Und hat sie den Euro – unser aller Geld – noch im Griff? Wer daran heute noch glaubt, sollte sich den Goldpreis und den Kurs des Schweizer Franken ansehen – Indikatoren für das Vertrauen der Märkte und Anleger in die Stabilität der EU-Währung.

Aber nicht nur für Merkel zieht eine bühnenreife Götterdämmerung herauf, viel drastischer fällt sie für die Liberalen und ihren Vorsitzenden Philipp Rösler aus. 56 Prozent der Deutschen glauben, dass sich



unter seiner Führung die Lage der FDP verschlechtert hat.

Auch auf anderen politischen „Schlachtfeldern“ hat sich die Regierungskoalition nicht mit Ruhm bekleckert: Das kategorische JA zur risikoreichen Atomenergie, das nach Fukushima plötzlich zu einem NEIN wurde. Das JA zum Mindestlohn, der dem Wahlvolk seit Jahrzehnten als Untergang der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verkauft wurde. Fehlentscheidungen in der Außenpolitik, eine

überstürzte Bundeswehr-Reform, die bürgerfernen Parolen von Merkel & Mappus zu Stuttgart 21 und der Skandal um Verfassungsschutz und Neonazis („Döner-Morde“) verunsichern den Bürger.

Die bange Frage steht jedenfalls im Raum: Quo vadis, Germania? Nach einem Superhoch und der Euphorie im Frühjahr dieses Jahres sind SPD und Bündnis90/Grüne wieder auf dem Boden der Realität durch ein Phänomen angekommen, mit dem niemand gerechnet hatte: die Piratenpartei. Ihr Aufstieg in den bundesweiten Umfragen seit dem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus stellt für Rot-Grün bei der Bundestagswahl 2013 eine Gefahr dar. Die Piraten wildern im Lager der SPD und vor allem bei den Grünen und liegen laut aktuellen Umfragen bei etwa 9 Prozent. Sollte die Piratenpartei 2013 in den Bundestag einziehen, ist dem rot-grünen Duo der Weg an die Schalthebel der Macht versperrt. Für Merkel sind die Piraten das dringend benötigte Wunder, denn durch sie würde es wahrscheinlich auf eine große Koalition mit Merkel als Kanzlerin hinauslaufen. Für Deutschland eine Katastrophe: Gleichschaltung, keine parlamentarische Kontrolle, nur noch JA-Sager - und das in einem krisengeschüttelten Europa, das mit seinen Schuldenbergen zu kämpfen hat.

Für die FDP ist die Götterdämmerung angebrochen und ihr Schicksal scheint besiegelt zu sein. Ob für Bundeskanzlerin Merkel und ihre CDU im Wahljahr 2013 eine Zeitenwende droht oder ein Wunder geschieht, ist leider heute noch ungewiss.

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZEITENWENDE

Piratenpartei: Die politische Landschaft im rasanten Wandel



Alles klar zum Ändern?

Westdeutschland in den 60er und 70er Jahren: Der Bundestag wurde von 4 Parteien beherrscht, von CDU/CSU, FDP und SPD.

Das Kreuz auf dem Wahlzettel war mehr Ausdruck des gesellschaftlichen Umfelds, dem man sich zugehörig fühlte, denn den jeweiligen Wahlprogrammen geschuldet. Diese Parteien hatten ihre Einflusszonen abgesteckt – in den Medien, bei den Kulturschaffenden und auch bei den Geldgebern.

Aus der Studentenrevolte und der 68er Bewegung gingen die Grünen hervor, die in den 80er Jahren dann in den Bundestag einzogen. In den 90er Jahren kam noch eine Partei hinzu: die PDS. Sozialistisches Teufelswerk, mit dem erst einmal niemand etwas zu tun haben wollte – jedenfalls im Westen.

Im Osten sah es anders aus, die Genossen wurden gewählt. Als sich aus vergrämen Mitgliedern der SPD die WASG zusammengerauft hatte, schlossen sich beide Parteien mit den Galionsfiguren Gysi und Lafontaine zur Die Linke zusammen, zogen in etliche Landesparlamente und schließlich in den Bundestag ein.

Und nun, nach den letzten Wahlen zum Berliner Senat, dürfte eine weitere Partei die politische Landschaft Deutschlands verändert haben. Mit 8,9 Prozent wurde die Piratenpartei in ein deutsches Länderparlament gewählt. Und das, obwohl sie sich erst im September 2006 gegründet hatte. Laut den Meinungsumfragen könnte sie aktuell mit dem Einzug in den Bundestag rechnen, wenn denn morgen Bundestagswahl wäre.

Was macht die Piratenpartei so erfolgreich? Dies fragen sich nicht nur die Grünen, in deren Wählerreservoir sie vor allem wildern.

Die politische Bandbreite, mit der die Piraten angetreten sind, ist eigentlich nicht besonders üppig: Bürgerrechte, Recht auf informelle Selbstbestimmung und mehr direkte Demokratie. Das sind ernst zu nehmende Themen, aber sie waren nicht die Ersten, die sich in diesem Zusammenhang politisch zu Wort meldeten. Offensichtlich ist, dass die Piraten aus der jungen und kraftvollen Entwicklung, die das Internet in den letzten Jahren genommen hat, Wählerstimmen schöpfen. Aus diesem Umkreis kommen auch ihre Aktivisten. Sie sind so auffällig, dass sie für die Medien interessant sind. Und sie schaffen sich per Internet ihre eigene Medienlandschaft.

Der Erfolg hierzulande in den Meinungsumfragen korrespondiert allerdings nicht mit den erzielten Wahlergebnissen auf internationaler Bühne. Zwar erreichten sie in Schweden bei der EU-Wahl 2009 ein Ergebnis von 7,13 Prozent und haben nun 2 Sitze in Brüssel, aber bei der Parlamentswahl 2010 im gleichen Land reichte es nur noch zu 0,65 Prozent. Bei der Parlamentswahl 2010 in Tschechien war das Ergebnis 0,8 Prozent, im gleichen Jahr in den Niederlanden 0,11 Prozent und in Finnland 2011 nur 0,51 Prozent.

Das Ergebnis der Berliner Senatswahl sticht heraus. Warum sich die öffentliche Wahrnehmung der Piratenpartei hierzulande so maßgeblich von der in den anderen Ländern unterscheidet, ist sicherlich auch den Grünen zu verdanken. Mit moralischen Ansprüchen gestartet, den Politikbetrieb von seinem Muff zu befreien, sind diese Grünen selbst mittlerweile zu

einem Teil des Establishments geworden. Und zwar zu solch einem Teil, welcher sich die guten Posten selbst zuschustert, vom System profitiert und Grundsätze der Parteibasis in Koalitionsverträgen ohne Zögern opfert.

Es gibt in Deutschland ein großes Potential an Menschen, die sich politisch einbringen möchten, die mit Leidenschaft politische Prozesse mitbewegen wollen. Bei den Grünen finden sie keine Heimat mehr, also wählen sie die Piraten. Dass die mit diesem Zuspruch überfordert sind, zeigt ihr politisches Programm. Sie finden skurrile Ausreden, weshalb sie sich nicht zu tagespolitischen Themen äußern können. Es soll erst die Basis befragt werden, bevor Vorstandsmitglieder in Interviews Meinungen von sich geben dürfen.

Welche Rolle die Piraten bei der kommenden Bundestagswahl spielen werden, ist noch offen. Wenn sie ihr derzeitiges Hoch halten können, dann dürfte es mit einer rot-grünen Mehrheit 2013 vorbei sein.

Die Piraten werden sich im harten Politikalltag im Berliner Senat nun bewähren müssen. Die Frage, ob sich die Politiklandschaft in Deutschland ein weiteres Mal verändert oder der Berliner Wahlerfolg ein einmaliges Highlight war, ist noch offen.

Michael Siethoff
Redaktion ZEITENWENDE

Mindestlohn in Deutschland

Frau Merkel und CDU-Wendehälsen entdecken die „Würde der Arbeit“

„Der Mindestlohn verbaut Chancen auf mehr Beschäftigung.

Deshalb ist er nicht sozial und nicht richtig.“

Angela Merkel, August 2009

Bei der CDU geht es rund! Da fallen immer öfter jahrzehntelang gehütete Dogmen wie am Fließband. Erst war es der Atomausstieg, der eigentlich nur eine Rücknahme der von Schwarz-Gelb beschlossenen Laufzeitverlängerung war, dann der Paradigmenwechsel in der Schulpolitik durch Frau Schavan (Stichwort Ausstieg aus der Hauptschule) und jetzt der Mindestlohn.

Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Karl-Josef Laumann, war schon länger mit dem Thema Mindestlohn in seiner Partei auf „Tingeltour“ gewesen. Aber der Arbeitnehmerflügel der CDU konnte sich bisher auch nicht ansatzweise gegen den Wirtschaftsflügel mit seiner Forderung durchsetzen. Nun hat sich der Wind gedreht! Nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung fordert einen Mindestlohn, mit dem a) Lohndumping verhindert und b) ein Auskommen mit dem Einkommen möglich ist, fernab staatlicher Subventionierung = Hartz IV. Inzwischen hatte sich in mehreren Regionalkonferenzen offenbar die Meinung der CDU-Basis geändert und sie befürwortet nun einen Mindestlohn oder eine „Lohnuntergrenze“, wie es im Sprachgebrauch der Konservativen jetzt heißt. Schließlich muss man sich von den Gewerkschaften, SPD und der Linken ja irgendwie noch abgrenzen. Und so wur-

de auf dem CDU-Parteitag in Leipzig nach kontroverser Debatte eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze beschlossen, die allerdings nur in Bereichen ohne tarifvertraglich festgelegte Löhne gelten soll.

„Wir werden einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland nie mitmachen. Er würde eine Million Arbeitsplätze gefährden.“ (Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär, Januar 2008)

Machtbewusst wie sie ist, hat sich die Kanzlerin der Mehrheit nun angeschlossen und die „Würde der Arbeit“ entdeckt. Diskutiert wurde ein Betrag von 7,-€ brutto die Stunde, den es – unabhängig von der Art der Tätigkeit – mindestens geben soll. Bei einer 40-Stunden-Woche würde das rund 1 200,- € brutto im Monat ergeben. Als alleinstehende Person würde das einen Nettolohn von rund 900,- € monatlich ausmachen und damit immer noch einen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen beinhalten.

Auch das Risiko der Altersarmut würde damit nicht vermindert. „Um über die Rente einen Anspruch zu erarbeiten, der höher liegt als die heutige Grundsicherung im Alter, also die ‚Sozialhilfe‘, müsste man 45 Jahre lang in Vollzeit mehr als 9,30 Euro brutto die Stunde verdienen“, wird Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in der Tageszei-

tung (taz) zitiert. Ein Mindestlohn von 7,- € würde allerdings denjenigen etwas bringen, die wegen anderer Personen im Haushalt ohnehin über dem Hartz-IV-Niveau liegen. Das bedeutet: Ein Ehepartner geht für gutes Geld arbeiten, der andere Ehepartner macht einen schlecht bezahlten Teilzeitjob. Diese Konstellation kommt aber tatsächlich nicht so häufig in unserem Land vor, wie man sich das gemeinhin vorstellt. Derzeit beziehen 1,4 Millionen Menschen in Deutschland ergänzende Leistungen von den Jobcentern und Arbeitsgemeinschaften, obwohl sie einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen.

Dass sich CDU/CSU/FDP hierzulande bisher standhaft gegen einen Mindestlohn gewehrt haben, zeugt einmal mehr davon, wie sich die Lobby der Konzerne dieser Parteien bedient. In Luxemburg zum Beispiel gibt es einen Mindestlohn von 10,16 € und in Frankreich von 9,- €.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert schon seit Langem einen branchenspezifischen Mindestlohn. Dies verhindert nicht nur sittenwidrige Arbeitsverhältnisse, sondern ist auch dem Prinzip „Gutes Geld für gute Arbeit“ geschuldet.

Es wird Zeit, dass auch Deutschland in der Wirklichkeit ankommt!

Michael Siethoff

Redaktion ZEITENWENDE



Welthungerkrise

Jeder Einzelne kann einen Beitrag leisten...

...um das Gesicht der Welt zu verändern. Am 16. Oktober findet jedes Jahr der Welternährungstag, auch als Welthungertag bezeichnet, statt. Dieser Tag soll darauf aufmerksam machen, dass weltweit knapp eine Milliarde Menschen an Hunger leidet.

Die Welthungerhilfe geht davon aus, dass täglich etwa 25 000 bis 30 000 Menschen an den Folgen von Unterernährung sterben. Pro Jahr verhungern 9,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren; das sind mehr als 25 000 Kinder pro Tag. Ein Drittel der weltweiten Kindersterblichkeit geht auf Unterernährung von Mutter und Kind zurück.

Die Ursachen der Hungerkrise sind sehr vielschichtig. Die seit Jahren durch das internationale Spekulantentum in astronomische Höhen getriebenen Nahrungsmittelpreise treffen vor allem Menschen der ärmsten Bevölkerungsschichten, die den Großteil ihres Einkommens für ihre Ernährung ausgeben müssen. Eine durchschnittliche deutsche Familie benötigt dafür hingegen gerade nur zehn Prozent ihres Einkommens.

Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen, bewaffnete Konflikte, Armut und Bildungsmangel, Verschuldung, Korruption und hohe Militärausgaben in den Entwicklungsländern sind weitere Ursachen, die die Hungerkrise verschärfen. Der fortschreitende Klimawandel und die steigende Nachfrage nach Agro-Treibstoffen haben die Hungerkrise zusätzlich noch vergrößert. Dass die unersättliche und verschwenderische Lebensweise in den Industrieländern den Hunger in der Welt zusätzlich anheizt, wird von den politisch Verantwortlichen gerne verschwiegen. Frei nach dem Motto: „Brot für die Welt, Torte für mich!“

„Würden sich alle vegetarisch ernähren,

könnte die Erde 12 Milliarden Menschen ernähren. Würden alle Menschen nach US-Art mit hohem Fleischkonsum leben, könnte die Erde nach UN-Schätzungen nur 2,7 Milliarden Menschen versorgen“, so Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe.

In den aufstrebenden Schwellenländern wie China und Indien wächst die Fleischnachfrage rasant. Dies wird zusätzliche Probleme schaffen. Schon jetzt stehen die „Nutztiere“ in den wohlhabenden Ländern in Konkurrenz zu den Menschen in den armen Ländern bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden pflanzlichen Nahrungsmittel. Laut einer UN-Studie beträgt die weltweite Getreideernte ca. 1,57 Milliarden Tonnen jährlich. Aber mehr als die Hälfte dieses Getreides und über 90 Prozent der Sojaernte werden in der Tiermast eingesetzt.

Was viele Verbraucher nicht wissen: Laut Greenpeace treiben Aquakulturen die Überfischung der Meere weiter voran. Viele der Zuchtfische sind Raubfische und auf ihrem Speiseplan steht Fisch – und das in größeren Mengen täglich. Für ein Kilo gezüchteten Lachs müssen bis zu fünf Kilo wild gefangener Fisch verfüttert werden. Bei der Thunfischzucht sind sogar 20 Kilo Futter pro Kilo Thunfisch nötig. Den Küstenbewohnern in Entwicklungs- und Schwellenländern wird der Fisch durch die Hochseeflotten der reichen Industrienationen vor der Nase weggefangen.

Zu allem Übel werden auch noch wertvolle Lebensmittel im großen Stil wegge-

worfen. Wie eine Studie der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ergeben hat, landen in den reichen Industrieländern mehr als 220 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. In Deutschland werden schätzungsweise bis zu 25 Prozent der gesamten Lebensmittelproduktion entsorgt, und in den USA sollen es sogar 50 Prozent sein.

Nächstenliebe und Verantwortung für die Weltgemeinschaft beginnt auf dem eigenen Teller. Das setzt natürlich die Fähigkeit und den Willen voraus, seine Lebensweise auf den Prüfstand zu stellen. Wir plädieren für eine vegetarisch/vegane Ernährungsweise (rein pflanzlich essen, auf Tierprodukte bei Kleidung und im Haushalt verzichten), um die Hungerkrise zu überwinden.

Als ersten Schritt fordern wir einerseits die Agrarindustrie auf, die Bestandsdichte von „Nutztieren“ in der Intensivmast rigoros zu reduzieren, und andererseits den Gesetzgeber, die staatlichen Fördermittel für die Produktion von tierlichen Produkten zu streichen! An die Adresse der Lebensmittel-Industrie richten wir die Aufforderung, ihre gigantische Überproduktion drastisch zu vermindern und das Haltbarkeitsdatum auf den Produkten entsprechend ihrer tatsächlichen Genießbarkeit zu verlängern.

Diese Welt könnte besser und gerechter sein – es liegt nur an uns, sie zu verändern...

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE

Mehr Forschung auf dem Energiesektor notwendig!



Mut für das Unvorstellbare

Am 28.10.2011 wurde in Bologna ein 1-Megawatt-Kraftwerk auf der Basis der Niedertemperatur-Kernreaktion, auch als „Kalte Fusion“ bezeichnet, erfolgreich getestet! Bei diesem Prozess entstehen keine radioaktiven Abfallstoffe!

Diese revolutionäre Technik wurde bisher von der Politik nicht unterstützt und zwei Jahrzehnte lang von den Universitäten nur belächelt oder als reine Fantasie totgeschwiegen.

Ein weiteres unkonventionelles Verfahren für die Energiegewinnung, das der breiten Öffentlichkeit noch so gut wie unbekannt ist, soll in diesem Bericht vorgestellt werden: die Raumergie-Technik (RET).

Die Raumergie zählt zu den „Freien Energien“, zu denen im weitesten Sinne auch die Solar- und Windenergie gehören. Die Bundesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben, in der die beiden letztgenannten Techniken in Kombination mit intelligenten Stromnetzen und Energiespeichern den Schwerpunkt bilden. Leider wurde aber das gesamte Gebiet der unkonventionellen Energiegewinnung in dieser offiziellen Studie total ausgeklammert. Der Öffentlichkeit wurden gezielt nur solche Alternativen präsentiert, die auf überholten Paradigmen und deren Technologien basieren und nur scheinbar innovative Lösungen darstellen. Dabei handelt es sich nicht um tragfähige Energie-Konzepte für die Zukunft – gleichwohl werden sie von Seiten der Lobby-gesteuerten Politik unterstützt!

Raumergie (RE): Die RE-Technik nutzt als Energiequelle die sog. Raumergie; sie wird auch als Vakuumfeldenergie oder Nullpunktsenergie bezeichnet. Der Zukunftsforscher Gerald Celente, Direktor des renommierten „Trends Research Institute“ in Rhinebeck, New York, schrieb in seiner Zeitschrift, dem „Trends Journal“,

Folgendes: „Die wesentlichen Fortschritte im Energiesektor kommen heute nicht von den unerfüllbaren Versprechungen der Solar- und Windenergieindustrie oder der problematischen Brennstoffzellen-Technologie, sondern von den visionären Forschungsanstrengungen auf den Gebieten der Niedrigtemperatur-Kernreaktionen, der Nullpunktsenergie und der hydrokatalytischen Wasserstoffenergie“.

Mit der RE ist der Aufbau einer idealen Energieversorgung ohne Umweltverschmutzung, ohne gesundheitliche Risiken und ohne Verbrauch von Rohstoffen möglich. Eine Speicherung in giftigen Lithium-Ionen-Akkus entfällt. Die Raumergie ist unerschöpflich, überall verfügbar und quasi kostenlos. Dabei ist sie technisch absolut zuverlässig. Dies klingt wie ein Märchen, ist aber Realität! Bereits das Genie Nikola Tesla beschrieb sie als „Energie, die an jedem Punkt im Universum erhältlich ist.“ Sie könnte ein Weg aus der Energiemisere sein – man muss es nur wollen!

Mit der Aussage: „Der einzige Nachteil der Raumergie ist ihre Unbekanntheit“, trifft Prof. Turtur von der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften in Wolfenbüttel, eine weltweit bekannte und geschätzte Koryphäe auf dem Gebiet der RE-Forschung, den Kern des Problems. Die Raumergie-Forschung führt ein Schattendasein. Dabei handelt es sich um keine Träumerei, wie folgende Beispiele bereits funktionierender Geräte zeigen:

Der amerikanische „Interactive Magnetic Oscillator“ besitzt Prüfzertifikate des

TÜV-Rheinland und der angesehenen Underwriters Laboratories Incorporation.

Der australische „Lutec Converter“ verfügt über eine Prüfung und ein Gutachten der weltgrößten Zertifizierungsgesellschaft SGS.

Die technischen Voraussetzungen für den Bau von RE-Konvertern sind auch in Europa vorhanden. Immerhin wurde die Nullpunktsenergie bereits von den Vätern der Quantentheorie, Werner Heisenberg, Nils Bohr und Erwin Schrödinger, in den 1920er und 1930er Jahren nachgewiesen. Wie viel Raumergie, auch dunkle Energie genannt, im „Nichts“ steckt, zeigt dieser „Energiekuchen“:



Ohne die Berücksichtigung von Effekten, die auf der Raumergie beruhen, wäre zum Beispiel die Produktion von modernen Mikrochips nicht möglich! Einen theoretischen wie auch experimentellen Nachweis ihrer Nutzung für die Energieversorgung hat Prof. Claus Turtur erbracht. An der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg konnte er in einem beeindruckenden Grundlagenexperiment

zweifelsfrei die Umwandlung von RE in herkömmliche Energie mit einem Wirkungsgrad von 5000 Prozent nachweisen. Da die Leistung seines Konverters mit 150 Nanowatt jedoch viel zu gering für eine großtechnische Anwendung ist, hat Prof. Turtur auf theoretischer Basis einen leistungsfähigen RE-Wandler berechnet.

Einen informativen Lichtbildvortrag von Prof. Turtur in drei Teilen findet man unter: <http://www.youtube.com/watch?v=wL0Rj6Te-WA>.

Die aktuelle Situation: Leider kann Prof. Turtur seine Forschung zurzeit nicht weiterführen. Über seine Situation sagt er: „Nun würde ich sehr gerne die hier in der Theorie entwickelte Konstruktion zur Nutzung von Vakuumenergie in die Praxis umsetzen, doch leider fehlen mir dazu die Möglichkeiten. Ich kann aber nicht arbeiten, weil ich keinerlei Unterstützung bekomme und keinerlei Möglichkeiten habe. In Anbetracht meiner und ebenso der weltweit bekannten Erfolge in der RE-

Nutzung, überrascht die abwartende Haltung auf deutscher Seite. Das verwundert umso mehr, als man in den Informationsmedien immer hört, es sei Ziel in unserem Lande, die Technologie einer sauberen Energieerzeugung weiterzuentwickeln.“

Dazu diese skandalöse Hintergrundinformation: Die Forschung auf dem Gebiet der RE-Technik wird in Deutschland bewusst blockiert, und die bestehenden Dogmen werden durch Ignorierung, durch Diffamierungen sowie durch gezielte Des-



Prof. Dr. Claus W. Turtur

information verteidigt. Die Politik sollte endlich ihrer Pflicht nachkommen und – unbeeinflusst von Lobbyisten jeglicher Couleur – handeln! Lassen wir uns durch die auch hier offensichtliche Klientelpolitik der politischen Klasse nicht irritieren und fordern wir mit Nachdruck die effiziente Förderung der beschriebenen umweltfreundlichen Technologien! Es kann und darf nicht sein, dass durch das Festhalten an überholten, ineffizienten Technologien die Umwelt weiter geschädigt und die Lebensqualität von Mensch und Tier auf dem Altar von profitorientierten Interessensvertretern und Unbelehrbaren geopfert wird.

Um die genialen Konzepte von Professor Turtur zu unterstützen, hat die Partei Mensch Umwelt Tierschutz eine bundesweite Aufklärungskampagne gestartet. Wir brauchen Mut für das Unvorstellbare und Mut für eine friedliche Energierevolution.

Dr. Thorsten Ritz

Redaktion ZEITENWENDE

Zeitenwende: Wetterphänomene und Naturkatastrophen nehmen zu!

Die Natur ist aus dem Takt

Auch dieses Jahr sind Katastrophenmeldungen fast täglich in den Nachrichten zu hören: Überschwemmungen, Stürme, Dürreperioden. Vorerst drängen die Finanzkrise und die Sorge um den eigenen Wohlstand diese Ereignisse noch in den Hintergrund. „Betroffen“ fühlt man sich nur, wenn es um die eigene Region oder den Urlaubsort geht.

Wie zum Teil schon in den Vorjahren, wurden dieses Jahr Deutschland, Belgien, die Schweiz, Irland, Italien, Frankreich, Australien, Thailand, Indien, die Philippinen, Pakistan, Vietnam und Süd- und Mittelamerika von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Die Zunahme von Umweltkatastrophen ist unverkennbar!

Australien zum Beispiel leidet seit Jahren unter dem Wechsel von Dürreperioden mit Buschfeuern und Überschwemmungen. Im Frühjahr gab es in Queensland sintflutartige Regenfälle; die Wassermassen nahmen auf ihrer Reise zum Ozean Gifte und Chemikalien aus der Landwirtschaft auf und schädigten das Great Barrier Reef schwer, das größte Korallenriff der Erde mit einer unvorstellbaren Artenvielfalt.

Am Beispiel Thailand, das in diesem >



Jahr von einem Jahrhundert-Monsunregen heimgesucht wurde, erkennt man die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels und der dortigen Waldabholzung. Die Natur schlägt zurück: Bangkok ist überflutet, die kulturellen Schätze des Landes, aber auch moderne Industrieanlagen sind bedroht. Der entstandene Schaden wird zurzeit auf über 11 Milliarden Euro geschätzt, und die thailändische Regierung macht sich ernsthaft Gedanken darüber, eine neue Hauptstadt in einem höher gelegenen Landstrich zu errichten. Wissenschaftler sind sich einig, dass diese Phänomene auf eine langfristige Klima-Erwärmung hindeuten und menschengemacht sind. Doch wer zieht die Konsequenzen? Politik, Wirtschaft und Konsumenten machen weiter wie bisher, als sei der Fetisch „Wachstum“ alternativlos. Aus Profitgier und Bequemlichkeit werden die Erkenntnisse der Klimaforscher in den Wind geschlagen. Man verdrängt, dass der Klimawandel unendliche Kosten verursachen wird – ganz zu schweigen von den irreversiblen Schäden an der Natur.

In absehbarer Zeit wird es nicht nur teuer und unbequem, sondern unerträglich auf unserem Planeten werden, denn die Extremwetterlagen wie Hitze mit Waldbränden, wie sie auch dieses Jahr wieder in Russland wüteten, im Wechsel mit Stürmen, Dauerregen und Überschwemmungen werden definitiv zunehmen. Das Ozonloch über der Antarktis erreichte diesen Sommer einen traurigen Rekord. Schuld sind die Altlasten der seit 1989 verbotenen Chemikalie FCKW. Hier zeigt sich, wie langfristig die Auswirkungen des Raubbaus an der Natur sind. Gleichzeitig schrumpfte das Eis der Antarktis seit Beginn der Wetteraufzeichnungen auf die kleinste bisher gemessene Fläche zusammen; sie beträgt nur noch 50 Prozent der Fläche von 1972. Alarmierend: Zurzeit löst sich vom antarktischen Festlandgletscher ein Eisberg in der Größe des Stadtgebiets von Berlin – damit beginnt ein Teufelskreis, denn im Hochsommer reflektiert die verringerte Eisfläche nun viel weniger Sonnenstrahlen und das Klima erwärmt sich noch schneller.

Unzählige Kleinstlebewesen, die unterhalb dieser Eisdecke lebten, fallen als Nahrung für Fische und die gesamte maritime Nahrungskette aus – ein Desaster, dessen Folgen bisher kaum erforscht sind. Das Abschmelzen der polaren Eiskappen wird über kurz oder lang zu einem Anstieg des Meeresspiegels um 1,5 Meter führen.

Das Schmelzen der großen Gletscher gehört zu den „Kippunkten“, so nennen Ex-



perten Ereignisse, die einen irreversiblen Teufelskreis weiterer gefährlicher Wetterphänomene in Gang setzen. Weltweit drohen viele Gletscher zu schmelzen, vor allem die des Himalaya. In Süd- und Südostasien wird es dadurch zu Überschwemmungen kommen und später zu Dürrekatastrophen und Wüstenbildung.

Schuld an der Erwärmung der Erdatmosphäre sind neben vielen Faktoren auch die immer größer werdenden Mengen an Treibhausgasen, für deren Entstehung der hohe Fleischkonsum verantwortlich ist. In den Rindermägen entsteht Methan, das in die Atmosphäre entweicht. Die jährliche Produktion von Fleisch hat sich seit den 80er Jahren bis 2009 mehr als verdoppelt – auf gigantische 284 Millionen Tonnen, Tendenz steigend. Laut Weltklimarat (IPCC) sind die Treibhausgas-Emissionen 2010 weit stärker gestiegen als erwartet. Für diesen Anstieg sind vor allem China und die USA verantwortlich – 50 Prozent der Zunahme entfallen auf diese beiden Länder. 2000 bis 2010 war das wärmste Jahrzehnt seit Beginn der Wetteraufzeichnungen! Weltweit treten als Folge der Klima-Erwärmung immer öfter Wirbelstürme (Hurrikans, Zyklone) auf. Laut Münchner Rückversicherung war das Jahr 2010 das zweitschlimmste Katastrophenjahr seit 1980; 90 Prozent der Schäden waren auf Unwetter zurückzuführen.

Auch in Europa zeigen sich die Folgen des Klimawandels. In den Alpen nimmt der Permafrost ab und die Gletscher schmelzen. Die Folgen: Bodenerosion, Überschwemmungen und Erdbeben. Doch das scheint die Alpenländer wenig zu stören; stattdessen regen sie sich über den Rückgang des Skitourismus auf, und die wirtschaftliche Ausbeutung der Region geht unvermindert weiter. Man setzt nun auf energieintensiven Kunstsnow, als sei Skitourismus unverzichtbar... Zur Abwendung der drohenden Klimakatastrophe denken sich Wissenschaftler und Regierende nicht nur hilfloses Flickwerk, sondern weit schlimmere „Gegenmaßnahmen“ aus. Zur Reduktion von Methan setzt man Kraftfutter aus Mais und anderem Getreide ein mit dem Ergebnis, dass die Rinder dann das noch schädlichere Lachgas emittierten. Daneben

manipuliert man am Verdauungssystem der Wiederkäuer herum – tierquälerische Machenschaften, die man als „Animal-Engineering“ bezeichnet.

Diskutiert wird auch das „Geo-Engineering“, der Versuch, die Erdatmosphäre durch Wasser und Chemikalien so zu manipulieren, dass sie die Sonneneinstrahlung stärker reflektiert. Die Folgen solcher Eingriffe sind heute noch unabsehbar. Längst wissen wir, dass Naturkatastrophen oft erst durch die verschiedenen Formen des menschlichen Raubbaus an der Natur auftreten. Leider scheint Präsident Obama dies noch nicht verinnerlicht zu haben, bezeichnete er doch kürzlich Klimaschutz als „Jobkiller“ und strich ein Forschungsprojekt am Ozonloch der Umweltbehörde EPA. In seinem Wahlkampf war Klimaschutz noch ein zentrales Thema. Aber Wirtschaft und politisches Überleben lassen ihn im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf andere Prioritäten setzen. Unsere „Klima-Kanzlerin“ Merkel hat sich seit etlichen Monaten nicht mehr zum Thema geäußert. Es ist zu befürchten, dass die Finanzkrise, die alle Aufmerksamkeit auf sich zieht, weit schlimmere Auswirkungen hat als nur das Ende des Wohlstands: Wird nicht bald auf der internationalen politischen Ebene gehandelt, ist das Ende einer intakten Umwelt, in der Menschen, Tiere und Pflanzen überleben können, abzusehen.

Im Dezember fand wieder ein Klimagipfel, diesmal in Durban (Südafrika) statt – wie immer ein ergebnisloses Ritual. Selbst das dürftige Ziel, die Erderwärmung nicht über die kritischen 2 Grad ansteigen zu lassen, dürfte nach diesem Gipfeltreffen in unerreichbare Ferne gerückt sein.

Dennoch: „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, heißt es. Im Übrigen ist der Welt ja auch nicht damit gedient, dass man in Trübsal versinkt! Vielmehr sind auch wir in schwierigen Zeiten dazu aufgerufen, zumindest dort, wo wir Einfluss nehmen können, Positives zu bewirken. „Die Welt im Kleinen verändern“ ist dann die Maxime, und wer wollte bestreiten, dass damit jeder neue Tag seinen jeweils eigenen Sinn bekommt.

Franziska-Ute Gerhardt
Redaktion ZEITENWENDE

Im Angedenken an Horst Stockem (1929 – 2011)

Sein letzter Freund hieß Kasimir

Man kann nicht sagen, dass Horst Stockem auf der Schattenseite des Lebens stand. Er war in leitender Position bei einer gesetzlichen Krankenkasse in Hamburg tätig, war Zeit seines Lebens bis ins hohe Alter überaus gesund und hatte eine liebevolle Frau an seiner Seite.

Das Ehepaar Stockem war kinderlos geblieben; ihre „Kinder“ waren Kaninchen, die ihnen – solange man zurückdenken konnte – in ihrem Haus und verträumten Garten in Wintermoor, einem idyllischen Ort inmitten der Lüneburger Heide, Gesellschaft leisteten.

Mit 54 Jahren verstarb seine Frau unerwartet – ein schwerer Schicksalsschlag. Horst Stockem heiratete nicht mehr, er lebte seit dieser Zeit allein mit seinen geliebten Kaninchen, bereiste ferne Länder und widmete sich dem Schreiben einer ganzen Reihe von Büchern, die teils politischer teils weltanschaulicher Natur waren und die Themen Tierrechte und Tierschutz aufgriffen.

Da ihm Tiere schon immer am Herzen lagen, wurde er 1998 Mitglied in unserer Partei. Durch intensive Gespräche mit unserem Mitglied Margret Giese sowie mit einer befreundeten Nachbarin, die auch seit fast einem Jahrzehnt Parteimitglied ist, entwickelte sich Horst Stockem von einem „Tierfreund“ zu einem Tierrechtler. Er ernährte sich fast vegan, unterstützte diverse Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen durch regelmäßige Spenden.

Das Elend der „Nutztiere“ in den Ställen und Käfigen verstärkte seine Liebe zu jenen Tieren, die ihn in seinem letzten Lebensabschnitt begleiteten: seine Kaninchen.

Durch die Berichte auf unserer Homepage war es Horst Stockem nicht entgangen, dass sich unsere Partei seit 2007 neben vielen anderen Tierschutzthemen besonders auch für die „Mastkaninchen“ und eine Verbesserung ihrer Haltungsbedingungen einsetzt. Mit jedem Tier, das ihn verließ und das er in seinem verwilderten Abenteuergarten mit Tränen in den Augen begrub, starb auch ein kleiner Teil von ihm. Je mehr er sich mit der Thematik der Unterdrückung und Ausbeutung der Tiere durch den Menschen beschäftigte, umso mehr wuchs in ihm der Wunsch, auch über seinen Tod hinaus dazu beizutragen, dass eines Tages auch für die Tiere bessere Zeiten anbrechen würden.

Seine letzten beiden Kaninchen hießen Fridolin und Kasimir. Nachdem Fridolin,

ein pechschwarzes, neugieriges Kerlchen, im hohen Kaninchen-Alter gestorben war, wurde die Bindung zwischen Mensch und Tier noch stärker. Für Kasimir war Horst Stockem der Sozialpartner geworden; ihn belohnte er jedes Mal mit aufgeregten Freudenstürzen, wenn es Futter gab oder zum Auslauf und Buddeln in den Garten ging. Eine innige und außergewöhnliche Freundschaft zwischen Mensch und Kaninchen war entstanden. Am 30. Juni 2011, im Alter von siebeneinhalb Jahren, schlief Kasimir ruhig und friedlich in den Armen von Horst Stockem für immer ein. Das Ende war aufgrund des Alters vorhersehbar, aber trotzdem fiel der Abschied unendlich schwer. Nur vier Wochen nach dem Tod seines geliebten Kaninchens verstarb Horst Stockem nach kurzer Krankheit am 29. Juli

2011 im Alter von 82 Jahren friedlich in seinem Haus in Wintermoor. Er war seinem Freund Kasimir auf dessen letzter Reise gefolgt...

Horst Stockem hat testamentarisch unsere Partei zum Alleinerben eingesetzt und sich damit seinen Wunsch erfüllt, über den Tod hinaus etwas für die Tiere bewirken zu können. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz wird das Andenken an diesen außergewöhnlichen Menschen und seinen letzten Freund Kasimir in Ehren halten.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



89 Kaninchen bekamen eine neue Chance

Ende gut, alles gut...

(oder: Buddeln für die gute Sache)

Eigentlich war es ein Samstag wie so viele andere: Tiere versorgen, frühstücken, kurz einkaufen gehen, Kaninchenställe ausmisten, Schrott zum Wertstoffhof bringen und so weiter... Aber ich hätte es besser wissen sollen, denn wenn man aktiv im Tierschutz engagiert ist, dann kommt es ziemlich häufig anders, als man denkt.

Zuerst war da nur die beiläufige Frage meiner Frau, ob ich zwei Tage später, am „Tag der Deutschen Einheit“ schon etwas vorhätte. Nach meiner Verneinung rückte sie dann mit der Sprache heraus. Es wäre toll, wenn wir gemeinsam ins Allgäu fahren könnten, um bei einer Rettungsaktion für Kaninchen teilzunehmen, die sonst keine wirkliche Chance hätten. „Nein“ zu sagen war noch nie meine große Stärke.

Gesagt, getan. Wir fuhren also kurz darauf mit voll gepacktem Auto (6 Transportboxen, Gitterelementen für Gehege, Arbeitskleidung, Verpflegung etc.) Richtung Süden, um uns vor Ort mit etwa zehn Gleichgesinnten zu treffen, die ebenfalls bereit waren, mit anzupacken, um mehrere Kaninchen, die sich in einem privaten Freigehege ein wahres Labyrinth aus unterirdischen Bauten gebuddelt hatten, auszugraben und zu einem neuen guten Zuhause zu verhelfen.

Zunächst wurden von einem Teil der Helfer die Sammelgehege aufgestellt, um männliche von weiblichen Tieren zu trennen und die trächtigen Tiere und größeren Babys aufzunehmen. Währenddessen wurden erst einmal die Enten und Hühner, die auch noch mit in dem etwa 20 m² großen Gehege lebten, herausgeholt. Dann ging es für uns ans Einfangen und Buddeln. Man glaubt nicht, wie fleißig Kaninchen sein können! Aber nach und nach wanderten immer mehr Tiere in die Transportboxen. Sie wurden der Reihe nach einem gründlichen Erstcheck auf Verletzungen, Parasiten etc. unterzogen und für die spätere Weiterfahrt zu verschiedenen Tierheimen und Pflegestellen vorbe-

reitet. Alle unterirdischen Gänge wurden vorsichtig freigegraben, und so tauchten immer noch weitere verängstigte Tiere auf. Nachdem wir keine mehr finden konnten, kam Karla zum Einsatz. Karla, eine Mischlingshündin aus einem ungarischen Tötungsasyl, die seit fünf Jahren in Bayern lebt und auch in ihrem jetzigen Zuhause viele Kaninchen als Freunde hat. Sie zeigte uns



mit ihrer Nase schließlich noch zwei Stellen, an denen wir 7 weitere Kaninchenbabys fanden. Ein echter Spürhund und Lebensretter!

Es war natürlich auch deshalb ein sehr erfolgreicher Tag, weil die Besitzer dieser Riesen-Kaninchengruppe sehr dankbar für die Hilfe waren und uns nach Kräften unterstützten. Sie versprachen hoch und heilig, keine weitere Vermehrung mehr zuzulassen. (Der erste unkastrierte Rammler wurde übrigens bei Nacht und Nebel von einem unverschämten Mitbürger über den Zaun in das noch nicht ausreichend gesicherte Gehege geworfen!) Sie versprachen ferner,

für ein buddel- und ausbruchssicheres Gehege, für angemessene Hygiene und Nahrung zu sorgen. Selbstverständlich werden wir bei dem überforderten Kaninchenfreund Nachkontrollen durchführen...

Drei Erfolgserlebnisse konnte man nach diesem arbeitsreichen Tag mit viel Muskelkater auf jeden Fall mit nach Hause nehmen: 89 Kaninchen bekamen die Chance auf ein schönes neues Leben, zwei überforderte Tierhalter erhielten die Möglichkeit eines kontrollierten Neuanfangs, und man konnte sehen, was man erreichen kann, wenn man gemeinsam anpackt.

Ich bin überzeugt, nur so kann es gehen, nur gemeinsam ist man stark. Und auch wenn es jetzt sehr pathetisch klingen mag: Für das große Ziel, das wir alle im „Team“ der Partei Mensch Umwelt Tierschutz anstreben – den Tieren im Rahmen unserer Möglichkeiten zu helfen – ist es unabdingbar, dass wir zusammenhalten. Wir brauchen unsere gemeinsamen Kräfte, wenn wir eine Chance haben wollen, selbst kleine Veränderungen herbeizuführen. Packen wir's an!

Horst Wester

Redaktion ZEITENWENDE

Auch von unserer Partei ein herzlicher Dank an alle Helfer!

Für die Aufnahme der geretteten Tiere geht unser Dank an die Tierheime Landsberg, Donauwörth, Augsburg, Nürnberg-Fürth und Garmisch-Partenkirchen, an die Tierfreunde Brucker Land e.V. und alle privaten Pflegestellen.

Auch wenn es nicht immer ein Happy End gibt:

Jedes noch so kleine Leben zählt...



Manche Menschen engagieren sich im Kleinen, andere wiederum machen deutlich mehr für notleidende Tiere, und dann gibt es noch Menschen wie Uschi Apelt – Menschen, deren ganzes Leben sich darum dreht, kranke und verletzte Tiere zu pflegen oder misshandelten Tieren die Freude am Leben wiederzugeben.

Sie könnte unzählige Geschichten erzählen, wie zum Beispiel die von Charly, einem mittlerweile fast 19-jährigen Schäferhund, der eigentlich vor sieben Jahren getötet werden sollte. Er war angeblich blind und rannte orientierungslos gegen die Zwingerwände im Tierheim – monatelang. Es gab keine einzige Anfrage für ihn, bevor Uschi in einer Anzeige den letzten Aufruf sah. Gleich bei der Übergabe legte ihr Charly die Pfoten auf die Schulter und schmiegte sich an sie. In Uschis Wohnung war er ganz ruhig und es gab keinerlei Probleme mit den anderen Tieren. Wie sich bald herausstellte, hatte er eine Hornhautentzündung und konnte noch ein wenig sehen. Er war vom ersten Moment an unendlich treu und liebevoll gegenüber allen Lebewesen um ihn herum.

Da ist die Geschichte von Ahab, einer jungen Stockente, die Uschi auffiel, weil sie allein und apathisch nahe dem Ufer auf den Wellen trieb. Sie machte keinerlei Anstalten zu flüchten, als Uschi nach ihr griff. Es war schnell klar, was ihr fehlte. Das rechte Bein hing größtenteils abgetrennt nur noch an einigen Muskelfasern. Wahrscheinlich war das Tier in eine Schiffschraube geraten. Uschi brachte es zum Tierarzt. In der ersten Zeit konnte sich der kleine Kerl nur mit Mühe auf einem Beinchen fortbewegen, aber das änderte sich

rasch, und bald war er fast so flink wie seine Artgenossin Frederike, die ebenfalls zur Familie gehörte. Ahab wuchs zu einem stattlichen Erpel heran und wurde nach seiner Genesung auf einem „betreuten“ Teich freigelassen, wo er sein neues Leben genießen konnte.

Freddy, eine weitere Ente, war der festen Überzeugung, dass Uschi ihre Mutter, sie selbst ein Hund und ihre große Liebe ein Kaninchen sei. Es hieß Willi und war ein Pflegefall aus völlig verwahrloster Haltung. Unterernährt, mit wunden Läufen und mehreren

Abszessen, musste er eine schwere Zeit überstehen. Trotz seiner traurigen Vergangenheit hatte sich Willi ein freundliches und zutrauliches Wesen bewahrt und verstand sich sofort mit allen Tieren, vor allem aber mit der Ente Freddy – bei beiden war es Liebe auf den ersten Blick. Nie sah man einen von beiden allein, sie aßen zusammen – Freddy versuchte sich an Möhrchen und Kohlrabi und das Kaninchen Willi an Entengrütze; sie schmusten miteinander, Freddy schnäbelte in Willis Fell und Willi leckte seine Ente mit Hingabe ab – eine ganz besondere Romanze. Als Willi gestorben war, trauerte Freddy ein halbes Jahr!

Oder die Geschichte von Kaninchen Felix. Gemessen am menschlichen Schönheitsideal, war er hässlich. Er hatte ein fus-

seliges Fell, ein komplett nacktes Gesicht mit grotesk wirkenden Augen und verkrüppelte Hinterbeine. Im Tierheim saß er als Notfall. Dabei war er „ein Sechser im Lotto“, mit einem riesengroßen Herzen für alles, was klein und hilflos war. Felix hatte etwas wirklich Einzigartiges an sich. Uschi konnte ihn zu mutterlosen Kaninchenkindern setzen und sicher sein, dass er sich ihrer ohne Wenn und Aber annahm. Er war ein richtiger kleiner „Kaninchenflüsterer“. Jedes Baby huschte sofort zu ihm, er schlichtete jeden Streit und verstand sich ausnahmslos mit allen Tieren.

Natürlich kann es nicht immer ein Happy End geben. Die sieben winzigen Mäuslein, die von ihrer Mutter im Stich gelassen wurden, konnte Uschi trotz größtem Einsatz leider nicht durchbringen. Auch sie muss Rückschläge hinnehmen... Uschi ist für unzählige Tiere die zweite Chance! Sie kann nicht alle Tiere der Welt retten, aber sie rettet die Welt für jedes einzelne ihrer Tiere!

Horst Wester

Redaktion ZEITENWENDE



Wer Uschi Apelts Engagement belohnen...

...und sich oder seinen Freunden etwas Gutes tun will, sollte sich durch beiliegendes Flugblatt oder unter www.apelt-design.de inspirieren lassen. Man findet viele wunderschöne Geschenkideen mit einer sehr persönlichen Note. Und jeder Euro Verdienst kommt direkt den Tieren zugute!

Papst Benedikt XVI

Das Oberhaupt der auf Staatsbesuch in

Längst hat sich die Aufregung um Papst Benedikt alias Joseph Ratzinger wieder gelegt, der in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt des Vatikanstaates und als Oberhaupt der Katholiken die Bundesrepublik vom 22. bis 25. September 2011 besuchte.

Die Begeisterung darüber hielt sich im Vorfeld in Grenzen, und zwar auf beiden Seiten. Laut einer Umfrage des „stern“ ließ das Ereignis ca. 80 Prozent der Bevölkerung kalt, und entsprechende Unmutsäußerungen dürften auch den Vatikan erreicht haben. Papst Benedikt seinerseits war auch unbehaglich zumute angesichts der „Glaubenswüste“, die ihn in seinem Vaterland erwartete. Auch stand ihm das Zusammentreffen mit dem wegen Scheidung exkommunizierten Bundespräsidenten Wulff sowie mit dem schwulen Berliner Bürgermeister Wowereit bevor. „Die Reihe seiner Gastgeber...muss auf den Pontifex wie der personifizierte Untergang des Abendlandes wirken“, so der „stern“. Selbst das Gespräch mit dem grünen Katholiken Winfried Kretschmann, Ministerpräsident in Baden-Württemberg, barg Zündstoff, gehört er doch dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken an, mit denen Joseph Ratzinger bereits im Jahre 1999 wegen des Themas Schwangerschaftsberatung über Kreuz lag – nach wie vor ein schwelender Streit. O-Ton Kretschmann in einem „Welt“-Interview: „Ich glaube, dass die ganze Organisation des Vatikans nicht ins 21. Jahrhundert passt“.

So schlimm wie befürchtet, kam es dann beim Besuch aber doch nicht, denn Tausende von Gläubigen bereiteten dem Papst begeisterte Empfänge: ca. 70 000 in Berlin, 90 000 im tief katholischen Eichsfeld in Thüringen sowie zum Abschied 100 000 in Freiburg.

Nachdem die Euphorie verfliegen ist, steht die Frage im Raum: Was hat uns das Ganze gebracht? Zunächst einmal enorme Kosten – von 35 Millionen Euro ist die Rede, und so mancher fragte sich, ob nicht das Geld den Hungernden in Ostafrika hätte zugute kommen sollen. Allein die Bühnenkonstruktion aus 220 Millionen Tonnen Stahl rund um den päpstlichen Altar in Freiburg kostete rund eine Million Euro. Für die Sicherheitsvorkehrungen (Straßensperrungen, Polizeieinsatz etc.) sowie die Durchführung der umfassenden Logistik wurde ebenfalls tief in die Taschen der Steuerzahler gegriffen.

Auf die Frage der Bilanz der päpstlichen Visite gibt es eine kurze Antwort: Rundum enttäuschte Erwartungen! Aber „selbst schuld“, möchte man etwas flapsig kommentieren, denn seit der „Ära Ratzinger“ ist bekannt, dass man es mit einem beinahen Vertreter der päpstlichen Zukunft zu tun hat, der streng und unerbittlich an überkommenen Strukturen und Dogmen festhält. Zum Beispiel führte er die alte lateinische Messe wieder ein, womit er sogar hinter das Zweite Vatikanische Konzil zurückfiel. Papst Johannes XXIII würde sich angesichts dieser und anderer Rückschritte vermutlich im Grabe herumdrehen, wollte er doch vor ca. 50 Jahren die katholische Kirche mit wesentlichen Neuerungen auf die Höhe der Zeit führen. Dazu der renommierte Theologe und Kirchenkritiker Hans Küng, dem 1979 die Lehrbefugnis entzogen wurde, vor allem, weil er am

Dogma der Unfehlbarkeit Kritik geübt hatte: „Das Motto des Besuchs hieß: Wo Gott ist, da ist Zukunft. Doch ich sage: Wo dieser Papst ist, da ist Vergangenheit.“

Besonders viele Erwartungen gab es hinsichtlich der Ökumene (Gesamtheit der Christen). Neben den progressiven katholischen Christen, die sich „frischen Wind“ für ihren Glauben wünschen, haben unter den Protestanten vor allem die Bischöfe den unstillbaren Wunsch, dass Rom ihre Kirche offiziell anerkenne. Das höchste der Gefühle während der Reise war aber der gemeinsame Gottesdienst im Erfurter Augustinerkloster; ansonsten machte der „Pontifex maximus“ auch diesmal der protestantischen Kirche keine Zugeständnisse. Im Gegenteil: Bei einem Treffen mit Vertretern der orthodoxen Kirche, die er „immer tiefer kennen- und liebegelernt“ habe, machte er seine Sichtweise deutlich. Mit den Orthodoxen sei „die Wiederherstellung der vollen Einheit“ wünschenswert und möglich. Da kann man doch der evangelischen Kirche nur raten, die Ökumene weiterhin mit willigen „Basis-Katholiken“ ohne päpstlichen Segen zu praktizieren!

Quo vadis, katholische Kirche? Die zunehmend enge Verbindung von Papst Benedikt zu den fundamentalistischen Pius-Brüdern sowie zu der erzkonservativen Vereinigung „Legionäre Christi“, die Tausende junger und gut ausgebildeter Priester aus aller Welt offenbar als neue Missionare an die Fronten des „Kulturkampfes“

katholischen Kirche Deutschland...

schickt, dürfte vielen Katholiken nicht gefallen.

Voller Spannung sah man den päpstlichen Reden entgegen. Wie würde er sich zu den zahlreichen Missbrauchsskandalen in kirchlichen Einrichtungen äußern, wie zum Zölibat und dem Wunsch von vielen fortschrittlichen Gläubigen, dass auch Frauen in der katholischen Kirche zum Priester geweiht werden können. Wäre er für einen barmherzigeren Umgang mit Geschiedenen und deren Wiederezulassung zur Kommunion? Würde er das Thema Homosexualität ansprechen und die als überholt empfundene Sexualmoral in Zeiten von Aids und Überbevölkerung? Auch erwartete man sich Antworten auf die Auswüchse des Kapitalismus und auf die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich.

Leider versagte der Heilige Vater aber auf der ganzen Linie, denn sämtliche heiklen Fragen blieben mehr oder weniger unbeantwortet. Stattdessen nur abgehobene, trockene Reden in der Art universitärer Vorlesungen rund um die Begriffe Recht und Vernunft. Angesichts dieses Ausweichens müssen die Worte des Generalvikars des Bistums Hildesheim, Dr. Werner Scheer, auf den Prüfstand: „Mit Benedikt XVI kommt nicht nur das Oberhaupt der Katholiken nach Deutschland, sondern eine moralische Autorität, die weltweit hohen Respekt genießt“.

Hat die Katholische Kirche noch moralische Autorität? Dass Papst Benedikt im Deutschen Bundestag eine Rede hielt, dürfte als Beweis nicht ausreichen – die dort geltenden Maßstäbe genügen be-

kanntlich nicht gerade höchsten Ansprüchen. Die Ausgrenzung Geschiedener oder Homosexueller ist wohl eher als „unmoralisch“ zu bezeichnen, und erst recht die von ihm mitverantwortete Vertuschung der kriminellen Vorgänge bei den Missbrauchsskandalen mitsamt der kleinlichen „Wiedergutmachung“ von 5000 Euro je Missbrauchsoffer.



Zu diesem Thema brachte Report Mainz einen Beitrag mit dem Titel „Der Papst und die pädophilen Priester. Hält Benedikt sein Versprechen?“ Vor knapp vier Jahren erklärte der Papst, sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Schutzbefohlenen sei in keiner Weise mit dem Priesteramt vereinbar. „Ein Pädophiler kann kein Priester sein“ – eine eindeutige Aussage. Doch

die Ernüchterung folgte auf dem Fuße: 27 Bistümer wurden befragt; zumindest zum Teil wurde geantwortet. Ergebnis: Gegen 51 Priester laufen Verfahren, 18 wurden suspendiert, aber bis auf zwei, die aus dem Klerikerstand entlassen wurden, sind alle weiterhin im Amt „als Diener Gottes“.

Wen wundert da noch die Einstellung der katholischen Kirche zu den Tieren:

Darüber gibt der – unter Vorsitz des vormaligen Kardinal Joseph Ratzinger 1993 verfasste – Katechismus Auskunft. „Die Reserven der Bodenschätze und Tiere sind zum Wohl der Menschheit bestimmt.“ (Nr. 2415) „Gott hat die Tiere unter die Herrschaft des Menschen gestellt, den er nach seinem Bild geschaffen hat. Somit darf man sich der Tiere zur Ernährung und zur Herstellung von Kleidern bedienen. Man darf sie zähmen, um sie dem Menschen bei der Arbeit und in der Freizeit dienstbar zu machen. Medizinische und wissenschaftliche Tierversuche sind in vernünftigen Grenzen sittlich zulässig, weil sie dazu beitragen, menschliches Leiden zu heilen und zu retten.“ (Nr. 2417) „Auch ist es unwürdig, für sie (die Tiere) Geld auszugeben, das in erster Linie menschliche Not lindern sollte. Man darf Tiere gern haben, soll ihnen aber nicht die Liebe zuwenden, die einzig Menschen gebührt.“ (Nr. 2418)

Fazit: Wer das höchstmögliche Prädikat „Stellvertreter Gottes auf Erden“ für sich in Anspruch nimmt, muss selbstverständlich höchsten ethischen Ansprüchen genügen. Da muss Papst Benedikt aber noch gewaltig an sich arbeiten...

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE

Mitglieder des Bundesvorstandes

Funktion/Aufgaben	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
Vorsitzender <i>Parteiführung, Red. ZW, FA, Programm- u. Satzungskommission</i>	Eck, Stefan Bernhard	Preußenstraße 62 66111 Saarbrücken	Tel. 06 81/9 40 32 07 Fax 06 81/9 40 32 05	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
Erste stellv. Vorsitzende <i>Event-Management, FA, Programm- u. Satzungskommission</i>	Pankau, Sabine	Altewiekring 20c 38102 Braunschweig	Tel. 01 70/9 00 86 38 Fax 05 31/20 85 44 4	sabine-pankau@ tierschutzpartei.de
Zweiter stellv. Vorsitzender <i>AG PR & Wahlen, FA, Programm- u. Satzungskommission</i>	Wester, Horst	Hesselbergstraße 13 91725 Ehingen	Tel. 0 98 35/17 59 Fax 0 98 35/9 77 96 64	horst-wester@ tierschutzpartei.de
Schatzmeisterin <i>Finanzverwaltung, FA, Programm- u. Satzungskommission</i>	Engelschall, Christine	Hochbrückenstraße 8 80331 München	Tel. 0 89/25 54 88 01 Fax 0 89/25 54 88 02	christine-engelschall@ tierschutzpartei.de
Stellv. Schatzmeister <i>Finanzverwaltung, FA, AG PR & Wahlen, BAK Jagd</i>	Hoos, Harald	Bornergasse 45 76829 Landau	Tel. 0 63 41/89 90 40 Fax 0 63 41/63 87 9	harald-hoos@ tierschutzpartei.de
Schriftführerin <i>Schriftführung, FA, Programm- u. Satzungskommission</i>	Nauheimer, Barbara	Weinberg 15 82211 Herrsching	Tel. 0 81 52/92 53 26 Fax 0 81 52/92 53 27	barbara-nauheimer@ tierschutzpartei.de
Generalsekretärin <i>Parteiführung, Red. ZW, FA, Programm- u. Satzungskommission</i>	Giese, Margret	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	Tel. 0 53 31/90 45 25 Fax 0 53 31/9 49 50 95	margret-giese@ tierschutzpartei.de
Stellv. Generalsekretär <i>Unterstützung bei internen Leitungsaufgaben</i>	Bode, Michael	Neue Krugallee 22 12435 Berlin	Tel. 01 76/24 08 75 34	michael-bode@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>BAK Altern. Energien, Programm- u. Satzungskommission</i>	Dr. Ritz, Thorsten	Sonnbergsweg 2 36369 Lautertal	Tel. 0 66 43/91 83 84	thorsten-ritz@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Zemke, Andreas	Duisburger Straße 3 28199 Bremen	Tel. 01 72/91 69 02 9	andreas-zemke@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>Verwaltung BGST, FA, Sonderaufgaben</i>	Holst, Manfred	Postfach 1136 73099 Adelberg	Tel. 0 71 66/16 10 Fax 0 71 66/9 13 90 90	manfred-holst@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Buschmann, Martin	Postfach 1144 21629 Neu Wulmsdorf	Tel. 0 40/70 04 57 7 Fax 0 40/70 04 57 7	martin-buschmann@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Ehlers, Kenneth	Ebereschestraße 4 15517 Fürstenwalde	Tel. 0 33 61/30 76 10	kenneth-ehlers@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>BAK Jagd, FA, Sonderaufgaben</i>	Conrad, Kristine	Deichhöfe 12 34369 Hofgeismar	Tel. 0 56 71/50 01 90	kristine-conrad@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>Betreuung LV-HPs, Programm- u. Satzungskommission</i>	Kuppinger, Petra	Richard-Schirrmann-Str. 14/624 55122 Mainz	Tel. 0 61 31/67 83 32	petra-kuppinger@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Mayer, Erna	Am Angelbach 4 65520 Bad Camberg	Tel. 0 64 34/90 63 28	
Beisitzer <i>BAK Vegetarismus & Gesundheit, int. Kommunikation</i>	Schuchart, Günter	Schrotebogen 17 39126 Magdeburg	Tel. 0 17 7/33 11 44 9	guenter-schuchart@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>Red. ZW, Sonderaufgaben</i>	Gerhardt, Franziska	Luckenbachweg 2 79115 Freiburg	Tel. 0 76 1/55 59 63 1	franziska-gerhardt@ tierschutzpartei.de

Info-Material

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung über die Bundesgeschäftsstelle. Aufnahmeanträge zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder als Download über die Partei-Homepage (www.tierschutzpartei.de/Mitgliedschaft.htm).

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundsatzprogramm 2. „Positionen“ – Partei ergreifen, damit die Zukunft eine Chance hat 3. „Neue Esskultur“ – Mit gutem Gewissen das Festtagsmenü genießen 4. „Tierversuche“ – Kulturschande des 21. Jahrhunderts 5. „Tierschutz“ – Stark für Tierschutz und Tierrechte 6. „Mastkaninchen“ – Verraten und verkauft 7. „Deine Stimme den Stimmlosen“ 8. „Tunfisch“ – Zuerst stirbt das Meer, dann der Mensch | <ol style="list-style-type: none"> 9. „Ozeane“ – Bewegung für das Meer 10. „Agrar-Subventionen“ – Schluss mit der Verschwendung von Steuergeldern 11. „Klima“ – Retten, was zu retten ist 12. „Atom“ – Für eine Welt ohne „strahlende Zukunft“ 13. „Stierkampf“ – Legalisierte Perversion in Europa 14. „Pelztiere“ – Fakten, die Sie wissen sollten! 15. „Jagd ist Out“ – Richtigstellung der Hubertuslegende 16. „6 Gründe gegen Fleischkonsum“ (Plakatserie und Flugblatt A 5) |
|---|---|

Vorsitzende der Landesverbände

Landesverband	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ/Stadt	Straße	Telefon/Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Holst	Ingeborg	73099 Adelberg	Postfach 1136	07166/1480 07166/9139030	ingeborg-holst@tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Nauheimer	Barbara	82211 Herrsching	Weinberg 15	08152/925326 08152/925327	barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de
Berlin	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Kalka	Artur	12045 Berlin	Weserstraße 165	030/44650324 03212/1180392	berlin@tierschutzpartei.de
Brandenburg	Vorsitzender	Ehlers	Kenneth	15517 Fürstenwalde/Spree	Ebereschenstraße 4	03361/307610	kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de
Hamburg	Vorsitzende	Jung	Bettina	21279 Wenzendorf	Am Schulberg 15	04165/224859 04165/224869	bettina-jung@tierschutzpartei.de
Hessen	2. Stellv. Vorsitzende	Mayer	Erna	65520 Bad Camberg	Am Angelbach 4	06434/906328	
Niedersachsen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@tierschutzpartei.de
Nordrhein-Westfalen	1. Stellv. Vorsitzender	Siethoff	Michael	58638 Iserlohn	Rahmenstraße 10	02371/52330	michael-siethoff@tierschutzpartei.de
Rheinland-Pfalz	1. Stellv. Vorsitzender	Dautermann	Udo	67823 Unkenbach	Hauptstraße 56	06362/2684 06362/2684	udo-dautermann@tierschutzpartei.de
Saarland	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstraße 62	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@tierschutzpartei.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzschke	Andreas	01909 Großharthau-Schmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzschke@tierschutzpartei.de
Sachsen	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenborner Straße 17	034346/61475	inge-noack@tierschutzpartei.de
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Fassl	Josef	39104 Magdeburg	Haeckelstraße 10	0391/56390846 0391/6077283	bettinafassl@aol.com
Schleswig-Holstein	Vorsitzender	Bose	Sascha	21079 Hamburg/Wilstorf	Reeseberg 9	Kontakt: Bundesgeschäftsstelle	sascha-bose@tierschutzpartei.de
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tüttleber Weg 13	03621/400766 03621/506611	harald.von-fehr@tierschutz-union.de

Informationen zu den Bundesarbeitskreisen sind bei der Bundesgeschäftsstelle zu erhalten.

WICHTIGER HINWEIS:

Wir haben bei der Ethikbank (www.ethikbank.de) ein neues Geschäftskonto eingerichtet. Ab sofort bitte alle Überweisungen nur noch auf dieses Konto vornehmen und bestehende Daueraufträge entsprechend ändern.

Bundesschatzmeisterei:

Christine Engelschall
Hochbrückenstraße 8
80331 München
Tel. 089/25548801
Fax 089/25548002
christine-engelschall@tierschutzpartei.de

Ethikbank
BLZ: 830 944 95
Konto: 3 000 281

Bundesgeschäftsstelle:

Silvia Kerber
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel. 069/76809659
Fax 069/76809663
bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de
Bürozeiten:
Mo.-Fr. 9:00-13:00 Uhr

Bundesschiedsgericht:

Vorsitzender: Norbert May

Mitglieder- und Beitragsverwaltung:

Marita Holst-Gericke
Bühlweg 5, 73614 Schorndorf
Tel. 07181/9943161, Fax 07181/994002
mitgliederverwaltung@tierschutzpartei.de
Bürozeiten: Mo. - Do., 9 - 13 Uhr

Landesverbände in Aktion

Einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände:



Landesverband Baden-Württemberg

Nach wie vor konzentrieren sich unsere aktiven Mitglieder auf unsere Langzeitkampagne gegen Schächten u. Akkordschlachten, die bei der Bevölkerung sehr gut ankommt und für viel Aufmerksamkeit sorgt. Die Konstanzer Dreiergruppe (W. Steinicke / V. Storz / M. Gockenbach) versucht derzeit, noch Mithelfer/innen zu gewinnen, da sie ihre Infostand-Reihe auch über die kommende kalte Jahreszeit fortsetzen möchte. Der Stand der Unterschriften Mitte November 2011: Mehr als 5 ½ Tausend an Infoständen gesammelte und zusätzlich rund 11 ½ Tausend Online-Protest-Unterschriften. Mit Letzteren könnte es schneller u. effektiver gehen, wenn der Protestaufruf in allen E-Mail-Verteilern, auch in privaten, weitergeleitet würde. Wichtig wäre auch die Bekanntmachung in den Online-Netzwerken, da wir von den politisch gesteuerten Medien keine Unterstützung erwarten können. Positiv wird sich aber unsere spezielle Kampagnen-Homepage auswirken; dort können sich alle – auch Journalisten – ausführlich informieren. Neuerdings wurden auf www.kampagnen-buendnis.de zwei Videos (Schächten eines Schafes u. eines Rindes) eingestellt. Barbara Nauheimer vom LV Bayern ließ diese je 1-minütigen Spots herstellen; sie werden jetzt in Kinos in Herrsching u. Umgebung jeweils vor dem Hauptfilm gezeigt. Dies sollte Schule machen! Überhaupt sind Mitarbeiter/innen weiterhin ganz dringend gefragt; Besprechung mit I. Holst bitte per Telefon 07166-1480.

Etliche Mitglieder demonstrierten auch wieder gegen die Hurbertsmessen, so z.B. am 05.11. vor der katholischen Kirche in Freiburg-Herdern.

Auch auf unseren fleißigsten, unbeirrbarsten Demonstranten Harald Mühlhäuser möchten wir hinweisen, der seit Beginn des Stuttgart-21-Aufstandes fast hundertmal bei den Protestaktionen vor Ort war. (Ingeborg Holst)



Landesverband Bayern

Im Mai d. J. waren wir auf der Messe „Tier und Natur“ in Fürstfeldbruck mit einem Info-Stand vertreten.

Am 23.07. sammelten unsere Mitglieder Unterschriften für die Anti-Schächt-Kampagne beim Pro Animale Sommerfest im Münchener Luitpoldpark. Obwohl das Wetter alles andere als sommerlich war, unterschrieben fast alle 60 Teilnehmer unsere Liste.

Eine Woche später waren wir in Nürnberg, um gegen die Eröffnung der Delfin-Lagune zu protestieren. Vier Mitglieder beteiligten sich an der Demo, die von ProWal und der Nürnberger Tierrechtsgruppe organisiert worden war. Wir verteilten unsere extra dafür angefertigten Flugblätter.

Unser Stammtisch-Treffen ruhte während der Sommermonate; im November nahmen wir unsere Zusammenkünfte wieder auf. Jeder ist dazu herzlich willkommen! (Barbara Nauheimer)



Landesverband Berlin

Von Anfang August bis zum 18.09.: Wahlkampf mit über 2000 Plakaten, 5000 Wahl-Flugblättern, Infoständen beim Berliner Tierschutztag und beim „greentunes“-Festival, einer Pressemitteilung (zwei Kurzvorstellungen der Partei in relevanten Zeitungen), zwei Radio-Interviews und einem neuen facebook-Auftritt. Das Wahlergebnis: 1,5 Prozent bei den Abgeordnetenhauswahlen, 1,9 Prozent bei den Bezirkswahlen in Tempelhof-Schöneberg. Die 1,5 Prozent bedeuten eine Beinahe-Verdopplung gegenüber den Abgeordnetenhauswahlen 2006 (0,8 Prozent) und sind insofern ein wichtiger Schritt. Die Tatsache, dass die 1,5 Prozent mit einer kleinen Kampagne erzielt wurden, macht das Wählerpotential unserer Partei deutlich! (Artur Kalka)



Landesverband Brandenburg

Zum 20-jährigen Jubiläum des Tierschutzvereins „Fürstenwalde und Umgebung e.V.“ fand am 25.06. eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende des LV Brandenburg K. Ehlers war anlässlich der Feierlichkeiten ebenfalls vor Ort. Da er sich auch als Vorstandsmitglied des Tierschutzvereins engagiert, nutzte er die Gelegenheit, die Arbeit der Partei vorzustellen und zur Zusammenarbeit im Landkreis Oder-Spree aufzurufen. (Kenneth Ehlers)



Landesverband Hamburg

Am 30.04. fand bundesweit die erste Veranstaltung zum Thema „Zeichen setzen“ statt – eine Demo zum „Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche“. Eine große Zahl von Parteimitgliedern aus allen Teilen Deutschlands, darunter auch der Bundesvorsitzende, nahm daran teil. Die blauen Fahnen u. die Banner der Partei waren nicht zu übersehen! Auch unsere Broschüren u. Flugblätter fanden reißenden Absatz. Durch den Einsatz von B. Jung, M. Buschmann, P.N. Jung und den Parteivorsitzenden wurden bei dieser Kundgebung viele Menschen auf unsere Partei aufmerksam gemacht. Mehrere Redner trugen zum Erfolg der Veranstaltung bei, so z. B. Sabine Brauer, Gründerin der Bürgerinitiative „Lobby Pro Tier“, die über die schwierige Aufklärungsarbeit im Zusammenhang mit den Tierversuchen im Tierversuchslabor in Neu Wulmstorf/Mienenbüttel berichtete. Dieser Tag war ein voller Erfolg sowohl für die Tierrechtsbewegung als auch für unsere Partei!

Das Magazin TINA berichtete in der Ausgabe vom 08.06. ausführlich über Sabine Brauer und ihre Arbeit. Das Titelfoto zeigt die Vorsitzenden des LV Hamburg, B. Jung und M. Buschmann, die sich neben ihrer Parteiarbeit – gemäß dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ – aktiv in diesem Verein engagieren.

Am 18.06. wurde in einer gemeinsamen Veranstaltung des LV Hamburg und des Bundesverbandes der Film „Meat The Truth“ im Hamburger Metropolis-Kino vorgeführt. Die Zuschauer wurden durch den Film auf die wahren Ursachen der Klimakatastrophe aufmerksam gemacht – die globale Massentierhaltung und die extrem hohe Fleischproduktion weltweit.

Nach der Begrüßung durch die Landesvorsitzende Jung übernahm Regina Nickelsen, Mitglied im LV Hamburg, die weitere Moderation. In einer interessanten Podiumsdiskussion mit Barbara Rütting Bettina Jung und Stefan Eck wurde noch einmal über die Inhalte des Films reflektiert u. auf die Notwendigkeit einer Änderung des Konsumverhaltens hingewiesen. Im Foyer des Kinos konnten sich die Besucher am Infostand, der von M. Buschmann, M. Voß, S. Pankau u. O. Dempwolf betreut wurde, mit Informationen über unsere Partei u. über unsere Schwerpunktthemen versorgen.

(Martin Buschmann)



Landesverband Hessen

Am 02.11., dem Weltvegantag, waren wir – zusammen mit dem LV RLP – mit einem Info-Stand in der Frankfurter Innenstadt präsent, verteilten Infomaterial und diskutierten mit den Passanten.

Ferner nahmen wir an Protestaktionen gegen die Diktatur der Banken teil.

Wir wurden zu Tierheimfesten eingeladen, wo wir wichtige Kontakte pflegen und Info-Material über unsere Partei verteilen konnten. Wie alljährlich, stellte das Tierheim Limburg unserer Partei einen eigenen Stand zur Verfügung, der, wie schon seit Jahren, zuverlässig von unserem Mitglied Erna Mayer betreut wurde.

(Christa Rust)



Landesverband Niedersachsen

Am 27.08. fand in Hannover der jährliche „Tag der Tierschützer“ statt, den der AK Tierschutz der SPD veranstaltet. Verschiedene Organisationen fanden sich dort ein, um über die Themen Tierschutz und Tierrechte zu informieren. Unsere Partei war mit S. Pankau, S. Geisler u. M. Bothe vertreten.

Am 09.09. vertrat die stellv. Landesvorsitzende Sabine Pankau beim „Greentunes-Festival“ in Berlin unsere Partei, auf dem Filme, Infos, Konzerte und veganes Essen auf die Besucher warteten. Unsere Partei führte den Film MEAT THE TRUTH vor, der durch eine anschließende Diskussionsrunde ergänzt wurde.

Am 27.09. fand in Braunschweig das von S. Pankau organisierte Event VEGAN LIFE statt, auf dem Musik, Kochshows und veganes Essen die ca. 700 Besucher erfreuten. Unser Parteistand wurde von C. Luchte und H. Piltz betreut, die unser gesamtes Info-Material „an den Mann“ bringen konnten.

Am 06.11. wurde in Braunschweig-Riddagshausen in der Klosterkirche eine Hubertusmesse „gefeiert“. Der Landesverband nahm dies zum Anlass, die neuen Hubertusflugblätter sowie Info-Material anderer Organisationen zu verteilen. M. Giese, H. Piltz, S. Pankau und D. Picken konnten trotz kaltem Novemberwetter viele Kirchenbesucher in Aufklärungsgespräche verwickeln.

(Sabine Pankau)



Landesverband Nordrhein-Westfalen

Zentrale Aktion des LV NRW war in den letzten Wochen die Unterschriftenaktion „Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen“. Durch diese Aktion konnten wir viele Kontakte zu Antirassismusgruppen und Flüchtlingsorganisationen knüpfen.

Am 20.10. führten wir in Iserlohn – in Zusammenarbeit mit der bundesweit aktiven Anti-Atomgruppe „Ausgestrahlt“ und dem Bildungswerk Sauerland – eine Abendveranstaltung mit dem Thema „Halber Atomausstieg – und jetzt?“ durch.

Eine kleinere Flugblattaktion fand am 24.10., dem „Abfallvermeidungstag“ statt. Darüber hinaus waren unsere Mitglieder bei zahlreichen Demonstrationen, z.B. in Köln, Duisburg und Düsseldorf aktiv.

(Michael Siethoff)



Landesverband Rheinland-Pfalz

Zusammen mit „Connection e. V.“, der „DFG VK Hessen“ und „War Resisters‘ International“ beteiligte sich der LV RLP im September an einer Kundgebung vor der ägyptischen Botschaft in Frankfurt für den pazifistischen Blogger und Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad, der in seinem Blog über die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen und politischen Einflussnahmen des ägyptischen Militärs berichtete und deshalb zu drei Jahren Haft verurteilt wurde.

Ebenso unterstützten wir die Aktion gegen das Abschiebegefängnis in Ingelheim, zu der das Aktionsbündnis „Abschiebehaft abschaffen“ mit einer Demonstration und anschließendem antirassistischen Festival aufgerufen hatte.

Neben Kundgebungen gegen den Gaza-Krieg nahm der LV RLP an Infoveranstaltungen gegen Rechtspopulismus und Ausländerfeindlichkeit teil.

In der letzten Septemberwoche fand in Mainz eine Kundgebung gegen Tierausschüttung und Massentierhaltung als Gegenveranstaltung zu der Ausstellung „der mobile Erlebnis-Bauernhof“ statt. Bei dieser Kundgebung kamen wir mit vielen besorgten Verbrauchern ins Gespräch, die sich durch Sendungen wie „Das System Wiesenhof“ nicht mehr so leicht von Politikern, Fleisch- und Pharmalobbyisten manipulieren lassen u. mehr Transparenz fordern. Entsprechend fanden unsere Flugblätter großes Interesse. Zu unseren Unterstützern gehörten – neben PETA, VeBu und dem Arbeitskreis Tierschutz – die Tierschutzorganisation Animals‘ Angels, die mit Christian u. seinem vierbeinigen Assistenten Karlson auch personell vertreten waren. Der Bundesvorsitzende unterstützte uns an diesem Aktionstag.

(Petra Kuppinger)



Landesverband Sachsen-Anhalt

Einen besonderen Parteitag hatten wir für den 04.09. organisiert. Es war nicht nur das Landtags-Wahlergebnis mit 1,6 % auszuwerten, sondern mit dem 15-jährigen Jubiläum der Gründung des ersten LV in den neuen Bundesländern auch ein würdiger Anlass gegeben, sich bei Mitstreitern zu bedanken. So konnten wir >

im Kulturzentrum Moritzhof neben Mitgliedern auch Gäste, u. a. M. Bode, K. Ehlers und Vertreter von Vereinen u. Bürgerinitiativen begrüßen. Die fällige Neuwahl brachte keine Überraschung: Der alte ist der neue Vorstand, da es sich um ein bewährtes und gut eingespieltes Team handelt. Peter Barczik, Gründer und Ehrenvorsitzender des LV, gab einen umfassenden Rückblick incl. Höhen u. Tiefen seit 1996, Mirjam Karl-Sy berichtete über den AK Frauen, Familie u. Gleichstellung im LV. Info-Arbeit zu Hubertusmessen leistete u. a. unsere stv. Landesvorsitzende Rotraud Buch.

In Magdeburg tagte wieder der „Runde Tisch“ zur Katzenschutzverordnung, zu dem wir Vereine und Stadträte eingeladen hatten. Zu diesem Thema sind wir auch im Harz (A. Döring) und in Hettstedt (C. Bril) aktiv. Trotz Unterstützung u. a. von PETA konnte im Magdeburger Stadtrat die Verlängerung des Vertrags für Zoochef Perret nicht verhindert werden! Alle Zeichen standen auf Weiterbeschäftigung des Mannes, der inzwischen von drei deutschen Gerichten wegen unrechtmäßiger Tötung dreier Tigerjungen verurteilt wurde. Allein, dass man ihn weiter agieren lässt, obwohl die Staatsanwaltschaft wieder ermitteln muss, ist ein falsches Signal. Wohlwollend von der Bevölkerung aufgenommen wurde unser Antrag zur Erstellung von Leitlinien zur Vermeidung von Tiertötungen im Zoo. Er wird derzeit in den Ausschüssen behandelt.

Am 03.10. demonstrierten wir in Leipzig für Volksentscheide auf Bundesebene. Da Bürgerbeteiligung eines unserer zentralen Themen ist, war LV J. Fassl eingeladen, über unsere Erfahrungen beim Bürgerbegehren/-entscheid in Magdeburg zu berichten.

Das Bündnis „Echte Demokratie Jetzt! Magdeburg“ rief für den 15.10. zu einer Kundgebung für mehr Beteiligung und Mitbestimmung auf. Ab 14 Uhr war für uns D. Körbl dabei und drehte einen kleinen Film, der auf der Landeshomepage zu finden ist.

(Bettina Fassl)



Landesverband Thüringen

Ein Fall unter vielen – Teil 2

(...) Polizeibeamte, die sich in der Öffentlichkeit bewegen, sollten so weit ausgebildet und informiert sein, dass sie genau wissen, wie sie sich in einer solchen oder ähnlichen Situation richtig zu verhalten haben.

Hier die Vorgeschichte, bevor der dpa-Pressebericht vom 15.04.2010 zitiert wird: Sechs Streifenwagen wurden zum Kreuz Lübeck geschickt, nachdem Autofahrer einen Hund auf der Fahrbahn gemeldet hatten. Die Beamten provozierten zunächst einen künstlichen Stau und sperrten das Autobahnkreuz, um den Hund einzufangen. (Bereits hier muss gefragt werden, wie das vonstatten gehen sollte? Was haben sich die – anscheinend mit einer solchen Situation völlig überforderten – Polizeibeamten gedacht, wie das gehen soll. Glaubten sie vielleicht mit ausgebreiteten Armen diesen Hund einzufangen – oder wie war deren Vorstellung?)

„Der komplette Verkehr sei mehr als eine Stunde zum Erliegen gekommen. Die Polizisten hätten also alles Menschenmögliche getan, das Tier einzufangen“, sagt Jessica Wessel vom Landespolizeiamt Kiel. Als sie keine andere Möglichkeit mehr sahen, die Situation zu lösen, mussten sie sich schließlich entscheiden, den

Schäferhund zu überfahren. Die vielleicht etwas humanere, weil schnellere Methode, den Hund mit der Dienstwaffe zu erschießen, sei laut Wessel nicht in Frage gekommen.

Was bezeichnet die Frau Wessel als „alles Menschenmögliche“? Das zu wissen wäre interessant. Hier möge die Staatsanwaltschaft bitte die Frau Wessel befragen, was sie unter „alles Menschenmögliche“ versteht und wieso ein Erschießen des Hundes mit der Dienstwaffe nicht in Frage gekommen ist, wo doch ansonsten Polizeibeamte sehr locker mit ihrer Dienstwaffe umgehen, zumal es sich ja um die von Polizisten am häufigsten erschossene Tierart – einen Hund – handelt.

Und nun der Pressebericht der dpa vom 15.04.2010 – 16:47 Uhr:

Polizisten fahren absichtlich Hund auf der A1 tot

Tierschützer gehen auf die Barrikaden: Polizisten haben wieder einen Hund auf einer Autobahn überfahren – und zwar mit Absicht. Der umherirrende Schäferhund musste sterben, weil er sich auf der A1 nicht einfangen ließ. Den Beamten soll deshalb keine andere Wahl geblieben sein.

Polizisten haben erneut einen Hund auf der Autobahn mit Absicht überfahren. Das Tier sei eine Stunde lang im Autobahnkreuz Lübeck umhergeirrt, sagte Polizeisprecherin Jana Kralisch aus Ratzburg und bestätigte einen Bericht der „Lübecker Nachrichten“.

Die Polizei sperrte die Autobahnen A1 und A20 und versuchte vergeblich den herrenlosen Schäferhund einzufangen. Schließlich fuhren ihn Beamte mit einem Streifenwagen tot. Um zu verhindern, dass Menschen bei einem Unfall zu Schaden kommen, habe es keine andere Möglichkeit gegeben, sagte Kralisch. Bereits in der Neujaarsnacht 2010 hatten Polizisten bei Ahrensburg einen auf der Autobahn herumlaufenden Hund gezielt überfahren.

„Die Beamten haben wirklich alles versucht, aber der Hund war völlig verschreckt, ließ sich weder locken noch einfangen. Ein Jagdpächter, der bereit gewesen wäre, den Hund zu erschießen, war nicht zu erreichen, so daß den Kollegen vor Ort kein anderes Mittel blieb“, schilderte Kralisch den Vorfall, der sich bereits am Sonntag, den 11.04.2010 ereignet hatte. Der Halter des Tieres ist bislang unbekannt. „Der Hund hatte keine Tätowierung, keinen Chip und trug auch kein Halsband“, sagte Kralisch.

Tierschützer hatten das Vorgehen der Polizei als „Wildwest-Methode“ kritisiert. Diesen Vorwurf wies die Sprecherin des Landespolizeiamtes, Jessica Wessel, zurück. „Die Beamten haben korrekt gehandelt. Es ging darum, auf stark befahrenen Autobahnen mögliche Gefahr für Menschenleben abzuwenden. Die Verantwortung trägt letztlich der Hundehalter, der auch für die Schäden haften muß, die ein Tier anrichtet“, stellte sie klar.

Mit dieser Begründung hatte die Polizei auch die Besitzerin des am 1. Januar getöteten Hundes eine Rechnung für den beschädigten Streifenwagen geschickt. Das sorgte für Empörung in der Öffentlichkeit. Zu der Frage, ob auch der Besitzer des totgefahrenen Hundes eine Rechnung für den Einsatz bekommt, machte die Polizei keine Angaben.

Bis hierher der Lauf der Ereignisse – eigentlich für die gesamte Bundespolizei eine Schande.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe der ZEITENWENDE.

(Harald von Fehr)

Der Bundesparteitag mit Bundesvorstandswahl am 15. Oktober 2011

Auszug aus dem Protokoll

Wahl des Bundesvorstandes

Der Versammlungsleiter gab Erklärungen zum Wahlablauf; es folgte die Wahl der Wahlhelfer und des Wahlprotokollanten. Die Wahlhelfer wurden aus dem Plenum vorgeschlagen und per Handzeichen von den Parteimitgliedern gewählt: Silvia Kerber, Marita Holst-Gericke, Michael Bode und Daniela Christ. Wahlprotokollant: Manfred Holst

Wahl des Bundesvorsitzenden:

Es kandidierten Artur Kalka und Stefan Bernhard Eck.

Wahlergebnis:

55 Stimmen für Stefan Bernhard Eck
28 Stimmen für Artur Kalka
4 Stimmenthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Stefan B. Eck wurde damit im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt, er nahm die Wahl an.

Wahl des 1. stellv. Vorsitzenden:

Es kandidierten Sabine Pankau, Lars Wernicke und Artur Kalka. Christa Rust, Bettina Fassl, Sigrid Wellmann, Bernhard Utzschneider und Horst Wester verzichteten auf die Kandidatur.

Wahlergebnis:

65 Stimmen für S. Pankau
15 Stimmen für Artur Kalka
4 Stimmen für Lars Wernicke
10 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Sabine Pankau wurde damit im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt, sie nahm die Wahl an.

Wahl des 2. stellv. Vorsitzenden:

Es kandidierten Artur Kalka, Lars Wernicke und Horst Wester. Christa Rust, Bettina Fassl, Sigrid Wellmann und Bernhard Utzschneider verzichteten auf die Kandidatur.

Wahlergebnis:

66 Stimmen für H. Wester
20 Stimmen für A. Kalka
2 Stimmen für L. Wernicke
6 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Horst Wester wurde damit im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt, er nahm die Wahl an.

Wahl des Generalsekretärs:

Es kandidierte Margret Giese; Bernhard Utzschneider verzichtete auf die Kandidatur.

Wahlergebnis:

83 Stimmen für M. Giese
22 Nein-Stimmen
8 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Margret Giese wurde damit im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt, sie nahm die Wahl an.

Wahl des stellv. Generalsekretärs:

Es kandidierten Bernhard Utzschneider und Michael Bode.

Wahlergebnis:

39 Stimmen für M. Bode
29 Stimmen für B. Utzschneider
13 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Kein Kandidat erreichte über 50 % der Stimmen bzw. die absolute Mehrheit. Es

wurde ein zweiter geheimer Wahlgang durchgeführt.

Wahlergebnis:

46 Stimmen für M. Bode
31 Stimmen für B. Utzschneider
6 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Michael Bode wurde damit im zweiten Wahlgang gewählt, er nahm die Wahl an.

Wahl des Schatzmeisters:

Es kandidierten Christine Engelschall und Martin Schumann.

Wahlergebnis:

63 Stimmen für C. Engelschall
24 Stimmen für M. Schumann
5 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Christine Engelschall wurde damit mit absoluter Mehrheit gewählt, sie nahm die Wahl an.

Wahl des stellv. Schatzmeisters:

Es kandidierten Harald Hoos und Martin Schumann.

Wahlergebnis:

53 Stimmen für H. Hoos
26 Stimmen für M. Schumann
9 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Harald Hoos wurde damit mit absoluter Mehrheit gewählt, er nahm die Wahl an.

Wahl des Schriftführers:

Es kandidierte Barbara Nauheimer; Malte Leideck verzichtete auf die Kandidatur.

Wahlergebnis:

>

67 Stimmen für B. Nauheimer
8 Stimmen für „Nein“
12 Enthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel

Barbara Nauheimer wurde damit mit absoluter Mehrheit gewählt, sie nahm die Wahl an.

Wahl des stellv. Schriftführers:

Petra Kuppinger, Günter Schuchart und Malte Leideck traten von ihrer Kandidatur zurück. Die Position des stellvertretenden Schriftführers blieb unbesetzt.

Blockwahl der Beisitzer:

Folgende Kandidaten traten zur Wahl an: Dr. Thorsten Ritz, Kristine Conrad, Kenneth Ehlers, Manfred Holst, Günter Schuchart, Martin Buschmann, Andreas Zemke, Artur Kalka, Franziska Gerhardt, Erna Mayer, Bernhard Utzschneider, Petra Kuppinger

Folgende Kandidaten wurden in gleicher Wahl gewählt/Stimmen:

Dr. Thorsten Ritz	67 Stimmen
Andreas Zemke	65 Stimmen
Kristine Conrad	55 Stimmen

Manfred Holst	59 Stimmen
Martin Buschmann	57 Stimmen
Kenneth Ehlers	56 Stimmen
Petra Kuppinger	51 Stimmen
Erna Mayer	49 Stimmen
Günter Schuchart	45 Stimmen
Franziska Gerhardt	43 Stimmen

Alle Beisitzer nahmen die Wahl an.

Wahl des 1. Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts:

Folgende Kandidaten traten zur Wahl an: Norbert May und Sabrina Bacholke

Wahlergebnis:

40 Stimmen für Norbert May
26 Stimmen für Sabrina Bacholke
1 Enthaltung oder ungültige Stimmzettel

Norbert May wurde damit mit absoluter Mehrheit gewählt, er nahm die Wahl an.

Wahl des stellv. Vorsitzenden und der Beisitzer des Bundesschiedsgerichts:

Zur Wahl traten an: Bernd Meding, Lothar Tietge, Patrizia Sussdorf-May und Andreas Döring

Bei der Auszählung der Stimmzettel zur Wahl des stellv. Vorsitzenden des BSG tauchten in den Urnen auch Wahlzettel für die Beisitzer auf. Die Wahlhelfer machten den Bundesvorsitzenden und den Versammlungsleiter darauf aufmerksam, dass eine korrekte Auszählung nicht möglich gewesen sei. Deshalb musste die Wahl, da nicht mehr ordnungsgemäß durchführbar, abgebrochen werden. Die Stellen des stellv. Vorsitzenden und der Beisitzer des Bundesschiedsgericht blieben damit unbesetzt.

Wahl der Kassenprüfer:

Als Kandidaten traten an: Jürgen Gerlach und Nancy Streit. Beide Wahlgänge wurden durch Handzeichen durchgeführt.

Wahlergebnis:

Jürgen Gerlach:
38 Ja-Stimmen/keine Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
Nancy Streit:
38 Ja-Stimmen/keine Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beide Kandidaten nahmen die Wahl an.

Barbara Nauheimer
Redaktion ZEITENWENDE

Fair Play ist oberstes Gebot!

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz steht in dem Ruf, eine „Streitpartei“ zu sein, die sich mehr mit internen Auseinandersetzungen beschäftigt als mit programmatischen Fragen. Der letzte Bundesparteitag war leider nicht dazu geeignet, diesem Vorwurf entgegenzuwirken.

Aber in anderen Parteien – schaut man hinter die Kulissen – wird häufiger und härter gestritten als bei uns. Bis jetzt ist in unserer Partei alles noch einigermaßen „im grünen Bereich“...

Einerseits lähmt permanentes Parteiengeplänkel die Kräfte, andererseits ist es Kennzeichen einer lebendigen Demokratie, die von Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt lebt, wenn gegensätzliche Standpunkte aufeinanderprallen – zuweilen auch in hitzigen Debatten auf

Bundesparteitag oder sonstigen Parteitagen. Kontroverse Meinungen können durchaus auch zwischen dem Bundesvorstand einer Partei und den Vorständen von Gebietsverbänden bestehen; der in diesem Spannungsverhältnis entstehende Konsens führt in der Regel zu besseren Lösungen und zu einem internen Interessensausgleich zwischen Bundesverband und nachgeordneten Gebietsverbänden, der für das Vorankommen einer Partei unabdingbar ist. Dass dabei mit harten Bandagen gekämpft wird, versteht sich von selbst – „Zoff“ gehört nun einmal zum politischen Geschäft. Dabei ist aber Fair Play oberstes Gebot, auch wenn es darum geht, die eigene Meinung durchzusetzen. Mit persönlichen Verunglimpfungen und Unwahrheiten zu arbeiten, hat mit Fair Play nichts zu tun und gefährdet nicht nur die

innere Ordnung, sondern auch die Außenwirkung der Partei hinsichtlich ihrer Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit.

Bleibt ein Mindestmaß an Anstand und Umgangsformen gewahrt und wird der „Gegner“ mit Respekt behandelt, seine Meinung geachtet, wenn auch nicht geteilt, so ergibt sich daraus eine lebendige Auseinandersetzung, die schließlich per Abstimmung nach demokratischen Prinzipien in einen Beschluss mündet, der von allen mitzutragen ist, denn Demokratie bedeutet, Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren, auch wenn man selbst anderer Meinung ist. In der Politik muss man auch verlieren können!

Stefan Bernhard Eck
Bundesvorsitzender

Alles ist im Fluss...

Diese Ausgabe der ZeitenWENDE wurde unter dem Leitgedanken geschrieben, dass sich alles (die Ausnahmen bestätigen die Regel) in einem stetigen Wandel befindet – so auch das Verhältnis zwischen zwei Parteien, die miteinander um Wählerstimmen konkurrieren: die ödp und die Partei Mensch Umwelt Tierschutz.

Auf dem Bundesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei am 21. und 22. April 2012 kommenden Jahres wird der Bundesvorsitzende der Partei Mensch

Umwelt Tierschutz einen programmatischen Vortrag über die Notwendigkeit von konsequentem Tierschutz in der Gesellschaft und in der Politik halten.

Auf Einladung wird der Bundesvorsitzende am 29. Februar 2012 beim 20. Deutschen Fleischkongress im Steigenberger Grandhotel Petersberg in Bonn an einer Podiumsdiskussion mit zwei Vertretern des Lebensmittel-Einzelhandels (Rewe, Dohle), zwei Vertretern der Industrie (Westfleisch, Tönnies) und einem Wissenschaftler von der

Uni Bonn sowie einem Vertreter eines Softwareunternehmens teilnehmen und Stellung für die Tiere beziehen. Dass man unsere Partei und nicht Bündnis90/Grüne zu diesem Kongress eingeladen hat, zeigt, dass man uns nun sowohl als politische Kraft als auch als kompetenten Gesprächspartner nach Jahren des gezielten Ignorierens wahrnimmt.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE

Redebeiträge des Bundesvorsitzenden überzeugten das Publikum Filmvorführung „Meat The Truth“ mit Podiumsdiskussion in Bamberg

Am 25.11.2011 wurde der Film „Meat The Truth“ im großen Saal des Gasthofes „Kunigundenruh“ in Bamberg vorgeführt. Der Einladung waren mehr als 80 interessierte Bürger/innen aus Bamberg und Umgebung gefolgt.

Anschließend diskutierten Vertreter/innen aus Politik, Landwirtschaft und Tierschutz sowie ein Vertreter der protestantischen Kirche über das Thema Fleischkonsum. Für unsere Partei war Bundesvorsitzender Eck am Mikrofon, der die Anwesenden mit seinen Redebeiträgen begeisterte und sie von der Dringlichkeit einer politischen Offensive bezüglich der Ernährungsgewohnheiten überzeugen konnte. Unterstützt wurde er durch die Referentin Silke Bott (Vebu), die vor allem die gesundheitlichen und ethischen Aspekte der vegetarischen Ernährung ins Feld führte.

Für den Bundesvorsitzenden war diese Veranstaltung schwierig, galt es doch, die ungelöste Frage zu umgehen, ob die global zunehmenden CO₂-Emissionen tatsächlich Klimakiller Nummer 1 sind oder wir vielleicht auch ganz andere Faktoren für den Anstieg der Temperatur verantwortlich machen sollten.

Vieles spricht zwar dafür, dass CO₂ in einem direkten Zusammenhang mit der Erderwärmung steht, aber es gibt wissenschaft-

liche Experten, die dies bestreiten und von einer „CO₂-Lüge“ sprechen. Diesem Problem musste also Rechnung getragen werden, ohne die Kernaussage des Films „Meat The Truth“ zu unterminieren, die sich unter anderem auf die angeblich klimaschädlichen Auswirkungen der CO₂-Emissionen stützt. Aus diesem Grunde wurden der riesige Wasserverbrauch bei der Fleischherzeugung, die Regenwaldzerstörung für Mastfutter (vor allem Soja und Mais), die Welthungerkrise und natürlich die moralischen Aspekte der Tieraussbeutung von dem Bundesvorsitzenden hervorgehoben.



Dem Publikum waren viele Zusammenhänge und Sachverhalte bereits bekannt, aber sie waren sichtlich schockiert, als Stefan B. Eck anhand seines Zahlenmaterials eine düstere Prognose für die Zukunft der Erde und der menschlichen Zivilisation darlegte. Der protestantische Geistliche und der Mitdiskutant von Bündnis90/Grüne versuchten zwar, die unelugbar negativen Tatsachen schönzureden, konnten jedoch das Publikum mit ihren Beiträgen nicht mehr überzeugen. Fazit eines anwesenden Pressevertreters nach der Diskussion: „Herr Eck, Sie sind ein brillanter Redner.“

Die Teilnehmer dieser gelungenen Veranstaltung hatten nach und während der Podiumsdiskussion Gelegenheit, sich auf angenehme Art und Weise mit einer ethisch korrekten Ernährung schon einmal vertraut zu machen. Die großen Platten voller veganer Köstlichkeiten, die auf allen Tischen bereitstanden, hatten die Mitglieder des Vebu mitgebracht und fanden regen Zuspruch.

Petra Kuppingner

Redaktion ZEITENWENDE

Literaturempfehlungen



Tanja Busse
Die Ernährungsdictatur

Der Untertitel lautet: Was wir nicht länger essen dürfen, was uns die Industrie aufischt. Tanja Busse entwirft in ihrem Buch „Die Ernährungsdictatur“ ein plastisches Bild – es sitzen einige wenige Gäste auf extra breiten Stühlen und „schaufeln sich die Teller voll“. Ihnen gegenüber sitzen unzählige ausgemergelte Gestalten vor fast leeren Tellern. 4000 fallen während des einstündigen Mahls von ihren Stühlen – tot, verhungert.

Die Übersatten, die sich so ungeniert mästen, täuschen sich jedoch, was die Qualität ihres Essens angeht. Ihre Lebensmittel sind aus wenigen Zutaten, den sogenannten cash-crops, industriell zusammengepanscht. Zu fett, zu süß, zu salzig, zu einseitig – und super billig.

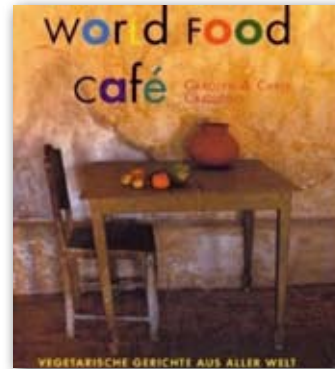
Die Esskultur früherer Generationen wird heute von einer Handvoll weltweit operierender Lebensmittelkonzerne bewusst zerstört. Man verschafft sich dadurch neue „Absatzmärkte“. Verkauft wird, was der Verbraucher will, jedoch kann der nur wollen, was die Konzerne ihm vorsetzen – und das ist meistens minderwertig.

Nicht genug des Minderwertigen: Was wir essen, verursacht den Hunger in der „Dritten Welt“. Tanja Busse erklärt die Strukturen, „in denen gehungert und gefressen wird: Verschuldung, Agro-Dumping, Futtermittel- und Agrosprit-Importe.“

Das Buch liest sich trotz der bedrückenden Inhalte leicht und spannend zugleich. Wenn sich die Kultur der Verantwortungslosigkeit ändern und Ausbeutung, Hunger und Umweltzerstörung gestoppt werden sollen, müssen alle – Konsumenten, Unternehmen und Politiker – gemeinsam daran arbeiten. Für den Leser gibt die Autorin am Ende ihres Buches Hinweise, wie jeder Einzelne zu diesem großen Ziel beitragen kann.

Man legt das Buch nicht resigniert zur Seite, sondern fühlt sich angespornt, sofort mit dem eigenen Beitrag zu beginnen.

Barbara Naubeimer
Redaktion ZEITENWENDE



Carolyn und Chris Caldicott
World Food Café

Ein Kochbuch? Oder eher eine Reisereportage? Das Buch „World Food Café“ ist schwer in nur eine der Kategorien einzuordnen.

Das Autorenpaar Carolyn und Chris Caldicott hat auf seinen jahrelangen Reisen rund um die Welt Einheimischen beim Kochen über die Schulter geschaut oder ließ sich einfach von freundlichen Menschen, ob in der Wüste oder im Dschungel, nach Hause einladen, um ihnen dann die Rezepte zu entlocken und für das geplante eigene Restaurant zu sammeln. Im Londoner Covent Garden führen die beiden nun schon seit 1991 ihr mittlerweile berühmtes World Food Café, in dem sie diese Gerichte, die sie auf ihren abenteuerlichen Touren gesammelt haben, in der Regel in der veganen Variante anbieten. Das ist aus meiner Sicht überhaupt das Interessante an dem Buch: Den Caldicotts ist es gelungen, sogenannte traditionelle Gerichte, die ja meist sehr fleischlastig sind, mit zwei, drei vegetarischen Ausnahmen komplett zu „veganisieren“.

Wenn es sich um ein abgewandeltes, also ursprünglich fleisch- oder fischhaltiges Gericht handelt, findet man in dem vorliegenden Buch jeweils am Rand einen entsprechenden Hinweis darauf. Ergänzt werden die vorgestellten Rezepte mit wunderbaren Fotos und unterhaltsamen Reiseanekdoten.

Unterteilt in die Kapitel „Der Nahe Osten & Afrika“ mit den Schwerpunkten Marokko, Ägypten, Jordanien, die Türkei, Tansania, Kenia, Sansibar u. a., „Indien, Nepal & Sri Lanka“, „Südostasien & China“ und „Amerika“, hier u. a. mit Berichten und Rezepten aus Brasilien, Peru, Bolivien, Costa Rica, Mexiko und Kuba, bringen sie den Leser/innen die jeweils landestypische Küche näher. Ohne erkennbaren Verlust wird an alte Traditionen angeknüpft. Man kann es all jenen empfehlen, die entweder selbst oft reisen, ferne Küchen ausprobieren oder einfach nur gern Freunde bekochen. Vielleicht ist das Buch eine Geschenkidee für das bevorstehende Weihnachtsfest...

Bettina Fassl (Landesverband Sachsen-Anhalt)
für Redaktion ZEITENWENDE

Tanja Busse:
Die Ernährungsdictatur
Verlag: Karl Blessing Verlag GmbH, 2. Auflage 2010
Gebundene Ausgabe, 334 Seiten
ISBN: 978-3-89667-420-3
Preis: 16,95 Euro

Carolyn und Chris Caldicott:
World Food Café
Verlag: Freies Geistesleben, 5. Ausgabe (März 2011)
Gebundene Ausgabe, 192 Seiten
ISBN: 978-3-7725-2521-6
Preis: 19,90 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Tierschutzpartei -
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel.: 069/76 80 96 59
Fax: 069/76 80 96 63
info@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung:

Stefan B. Eck
Postanschrift: Stefan B. Eck
Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken
zeitenwende@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam:

Christine Engelschall, Franziska Ute Gerhardt, Margret Giese, Harry Harper, Sabine Jedzig, Bettina Jung, Petra Kuppinger, Barbara Nauheimer, Sabine Brigitte Pankau, Manuela Rollins, Michael Siethoff, Dr. Thorsten Ritz

Satz, Layout:

Claudia Carius/www.claudiacarius.de

Druck und Vertrieb:

Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 1300 Exemplare
Erscheinungsweise: 3 Mal jährlich

Bank: Ethikbank,

BLZ: 830 944 95, Konto: 3 000 281

Rechtliches:

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Wir behalten uns die Kürzung/Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch unsere Beiträge zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Alle Rechte vorbehalten.

Redaktionsschluss: 29. Februar 2012

Unsere Restaurant-Empfehlung „La Mano Verde“ – Gesund essen mit Genuss

Die Firmenphilosophie des „La Mano Verde“ am Kurfürstendamm in Berlin ist unserer Meinung nach vorbildlich und zukunftsweisend, weil die Gesundheit der Menschen im Vordergrund steht. Vorwiegend in Bio-Qualität werden vegane und rohköstliche Speisen auf hohem Niveau angeboten. Dabei wird Nachhaltigkeit ganz groß geschrieben, denn Lebensmittel aus ökologischem Anbau sind gesund und schonen die Umwelt. Zusätzlich wird auf eine



umweltverträgliche und ressourcenschonende Betriebsführung geachtet. Von Dienstag bis Samstag ab 12:00 Uhr lädt das „La Mano Verde“ zum rein pflanzlichen, genussvoll leichten Mittagstisch ein. Das Essen kann man bei schönem Wetter im ruhigen und grünen Innenhof des Kempinski Hotels einnehmen. Vorspeise und Hauptspeise oder Hauptspeise und Dessert kosten jeweils zusammen nur 10,50 Euro. Die Mittagskarte bietet eine stets wechselnde Auswahl an Vor-, Haupt- und Nachspeisen an. Grüne Smoothies und frisch gepresste Säfte runden das Angebot ab. *Sabine Jedzig*

Redaktion ZEITENWENDE

„La Mano Verde“

Kempinski Plaza
Uhlandstr. 181, 10623 Berlin
Tel.: 030 – 827 03 120
www.lamanoverdeberlin.com

Öffnungszeiten: Di. bis Sa. von 12:00 – 15:30 Uhr, abends von 18:00 – 23:00 Uhr

Das vegane Rezept Hokaido-Kürbiscreme mit frischem Ingwer

Kürbispflanzen bilden die größten Früchte der Erde, die bei kühler Lagerung monatelang haltbar sind. Mit seiner enormen Sortenvielfalt ist der Kürbis wie kaum ein anderes Gemüse in der Küche vielseitig einsetzbar. Er lässt sich braten, grillen, dünsten, überbacken, kochen, einlegen und pürieren. Zubereitet schmeckt er süß oder pikant sehr gut.

Zutaten für 5 Personen:

600 g Hokaidokürbis in Stücken
200 g Kartoffeln in Stücken
800 ml Wasser
2 EL Gemüsebrühe
100 g vegane Majonäse
50 ml Sojasahne
frischer Ingwer
1 EL Currypaste
1 EL Agavendicksaft
2 EL Zitronensaft
1 TL Kreuzkümmel gemahlen
1 EL Koriander gemahlen
Meersalz

Zubereitung: Den Kürbis und die Kartoffeln in Stücke schneiden und in der Gemüsebrühe weich kochen. Die restlichen Zutaten hinzufügen, alles pürieren und mit den Gewürzen abschmecken. Geheimtipp: Ein guter Schuss Madeira kurz vor dem Servieren lässt diese Creme zu einem kulinarischen Erlebnis werden. Es empfiehlt sich, dazu frisches Baguette zu reichen.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE



Leser/innenbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leser/innenbriefe zu kürzen.

Leserbrief zu „Atomausstieg“ und „Das Katastrophenland Japan“ (ZEITENWENDE Ausgabe 41)

Jetzt erst – so viele Jahrzehnte nach Beginn der Anti-Atomkraftbewegung 1970, nach Tschernobyl 1986 und den vielen weiteren Störfällen; erst jetzt – nach dem Super-Gau in Japan, endlich das längst fällige Umdenken und die Umkehr der schwarz-gelben Regierung, verbunden mit dem - wenn auch nur langsam vorankommenden - Verzicht auf AKW-Energie.

Für mich unbegreiflich, wie es all die vielen Jahre möglich war, dass die Politik total von der Atomlobby dominiert wurde und dabei verantwortliches Handeln für Mensch, Tier und Umwelt auf der Strecke blieb! Ich selbst habe schon vor einem halben Jahrhundert im Physikunterricht von den katastrophalen Risiken der Atomenergie erfahren; Warnungen waren schon damals unüberhörbar. Es ist zu hoffen, dass endlich auch

bei den anderen Nationen ein Umdenken zugunsten eines Ausstiegs aus dieser risikoreichen Technologie stattfindet!

(Dagmar Girnus, Hörter)

Leserbrief zu „Es gibt keinen Konflikt mit der „Religionsfreiheit“ (ZEITENWENDE Ausgabe 41)

Ich bin sehr froh darüber, dass das Thema Schächten in unserer Partei nicht totgeschwiegen wird. Es kann und darf nicht sein, dass man die Tiere unter fadenscheinigen Gründen einer Todesart ausliefert, die in ihrer Entsetzlichkeit das Vorstellungsvermögen übersteigt. Der Paragraf 4a Abs.2, Nr.2 des Tierschutzgesetzes, der in unhaltbarer Weise angebliche Religionsvorschriften unterstellt, muss bei der dringend notwendigen Novellierung des TschG ersatzlos gestrichen werden!

(Harald Piltz, Braunschweig)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

im Namen des Bundesvorstandes danken wir Ihnen dafür, dass Sie unserer Partei – entweder als passives oder als aktives Mitglied – die Treue gehalten haben. Von unserer Seite aus werden wir Ihre Treue damit belohnen, dass wir auch in den kommenden zwölf Monaten versuchen werden, wie bisher für unsere gemeinsamen Ziele möglichst effizient und professionell zu arbeiten.

Ein kleines sichtbares Geschenk zu Weihnachten wollen wir Ihnen aber wie in den Jahren zuvor machen. Wir haben für Sie dieser Ausgabe das Buch „Notizen zum Tierschutz“ von Beate Rost beigelegt und hoffen, dass Ihnen die Lektüre zusagt. Wir wünschen Ihnen einen guten Rutsch und für das neue Jahr vor allem Gesundheit und das Quäntchen Glück, das jeder im Leben braucht.

Gleichzeitig erlauben wir uns, Sie an dieser Stelle zu bitten, der Partei im Rahmen Ihrer Möglichkeiten eine Spende zukommen zu lassen, die sicherstellt, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben erfüllen können. Nebenbei bemerkt: Parteispenden rentieren sich auch für Sie, denn sie sind in besonderer Weise steuerlich absetzbar. Bei Alleinstehenden vermindert sich die Steuerlast bei einer Spende bis 1 650 Euro um 50 Prozent des gespendeten Betrages – also bis maximal 825 Euro, die direkt von der zu zahlenden Steuer abgezogen werden können. Jeder Betrag oberhalb von 1 650 Euro (bis maximal 3 300 Euro) vermindert die Steuerlast dem persönlichen Steuersatz entsprechend zwischen 18 und 42 Prozent. Ehepaare, die bis zu 3 300 Euro spenden, können dementsprechend maximal 1 650 Euro direkt von ihrer Steuerlast abziehen. Jeder Betrag oberhalb von 3 300 Euro (bis maximal 6 600 Euro) vermindert die Steuerlast – wie bei den Alleinstehenden – dem persönlichen Steuersatz entsprechend zwischen 18 und 42 Prozent. Wichtig zu wissen: Unsere Partei erhält für jede Ihrer Spenden nochmals fast den gleichen Betrag als staatliche Mittel gemäß dem Parteienfinanzierungsgesetz. Vielen Dank im Voraus!

Christine Engelschall

Redaktion ZEITENWENDE

Fünf-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht verfassungswidrig

Brüssel rückt in greifbare Nähe!

Die Überraschung war perfekt: Das sensationelle Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 09.11. 2011, mit dem der § 2 Abs. 7 des Europawahlgesetzes für nichtig erklärt wurde, lässt Brüssel für uns im Jahr 2014 in greifbare Nähe rücken.

Mit 5 zu 3 Stimmen wurde die Fünf-Prozent-Klausel, wie sie noch bei der Europawahl 2009 gültig war, gekippt. Wie es in der Pressemitteilung vom BVG heißt, verstößt sie „gegen den Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der politischen Parteien“ – eine bedeutungsvolle Formulierung, die den Kern des Urteils trifft und sich wie ein roter Faden durch die ausführlichen Erläuterungen zieht. Doch der Reihe nach!

Die „Schlüsselfigur“, der wir das Urteil zu verdanken haben, ist Dr. Hans Herbert von Arnim, Universitätsprofessor in Speyer, der am 07.06.2009 in einem Schreiben an den Deutschen Bundestag Einspruch gegen die Gültigkeit der EU-Wahl 09 erhob. Er argumentierte, dass die Klausel es den kleinen Parteien so gut wie unmöglich mache, Abgeordnete ins EU-Parlament zu entsenden. Durch diese Tatsache, so von Arnim, würden Millionen von Stimmen der deutschen Wähler unter den Tisch fallen. Damit seien 10,8 Prozent der Wählerstimmen entwertet worden und nicht den Parteien und politischen Vereinigungen zugute gekommen, für die sie gedacht waren. Stattdessen seien rund 2,8 Millionen Stimmen den „Etablierten“ zugeschlagen worden! Von Arnim stellt einen beeindruckenden Vergleich an, der die miserable Situation verdeutlicht, in der sich die kleinen Parteien befinden: „Eine deutsche Partei oder politische Vereinigung musste 2009 zum Überwinden der Hürde mehr Wählerstimmen bekommen, als Estland, Malta, Slowenien und Zypern zusammen benötigen, um ihre 24 Abgeordneten nach Brüssel zu schicken.“ Interessant ist für uns natürlich die Aufzählung der sieben Parteien, die mit Abgeordneten 2009 ins EU-Parlament eingezogen wären: Freie Wähler (2 Sitze) REP, Partei Mensch Umwelt Tierschutz, Familie, Piraten, Rentner, ÖDP (jeweils 1 Sitz). Was die „etablierte Konkurrenz“ anbelangt, so ist das Urteil vom 09. November sicherlich „ein Schlag ins Kontor“, verschaffte besagte Klausel doch den im Bundestag vertretenen Parteien zusätzliche Mandate – „illegitime“, so von Arnim, die eigentlich anderen Parteien gebührten! Würde das Urteil auf die EU-Wahl 09 angewendet, was aber vom BVG abgelehnt wurde, müssten folgende Parteien Parlamentssitze räumen: CDU: 2; CSU: 1; SPD: 2; Grüne: 2; FDP: 1.

Wie man sich davor drückte, in dieser Angelegenheit Farbe zu bekennen, zeigt die Tatsache, dass es geschlagene 2 Jahre dauerte, bis im Mai 2011 eine ablehnende Antwort vom Bundestag kam, verfasst von einem Prof. Dr. Bernd Grzeszick. Unglaublich: Erst am Vortag der mündlichen Verhandlung wurde das 36 Seiten umfassende Schriftstück dem BVG zugestellt – dem Beschwerdeführer

sogar erst unmittelbar vor der Verhandlung. Über derartige Zumutungen möge sich jeder seine Gedanken machen! In dem darauf folgenden Schriftsatz führte von Arnim alle „abgegriffenen“, an den Haaren herbeigezogenen Argumente, die angeblich gegen einen Fall der 5%-Klausel sprechen, ad absurdum, z. B. Parteienzersplitterung und Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des EU-Parlaments – dies durch gerade einmal 7 zusätzliche Abgeordnete (statt 162 dann 169 vertretene Parteien). Dazu wurde die lächerliche Behauptung von Grzeszick aufgestellt,

„durch den Wegfall der Klausel werde der Einzug kleinerer Parteien und Wählergemeinschaften in die Vertretungsorgane erleichtert und dadurch die Willensbildung in diesen Organen erschwert.“ Das Ziel dieser abstrusen Behauptung liegt auf der Hand: der eigene Machterhalt. Von Arnim demaskierte die wahren Absichten: „Die im Parlament vertretenen Parteien könnten versucht sein, an der 5%-Klausel festzuhalten, um die Konkurrenz durch kleinere Parteien möglichst klein zu halten.“ Die fünf fortschrittlichen Verfassungsrichter/innen

liegen mit ihren Argumenten voll auf der Linie des Beschwerdeführers. Ihnen und vor allem dem überaus mutigen Hans Herbert von Arnim gilt unser Dank! Es ist ihm gelungen, das BVG argumentativ dazu zu bewegen, einigen selbstgefälligen und auf egoistischen Machterhalt programmierten Parteien die Grenzen aufzuzeigen. Mehr solcher Erfolgserlebnisse, und die oft entbehrungsreiche politische Arbeit macht auch einmal Spaß! Brüssel ist damit in greifbare Nähe für uns gerückt – packen wir's an!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



Anzeige

Bauernhaus zu vermieten!

Altes, renovierungsbedürftiges Bauernhaus mit 4 Zimmern (jeweils ca. 15 qm), einer großen Wohnküche mit Speisekammer, Bad, WC, Waschküche, Abstellraum, Scheune, Stall, Werkstatt, Garage, Gemüse- und Obstgarten kann ab sofort gemietet werden. Das Haus besitzt keine Zentralheizung. Die Heizung erfolgt mit Holz- und Ölöfen. Beheizt werden können die Küche (Holz/Öl), das Wohnzimmer im Erdgeschoss (Öl) und ein Schlafzimmer im OG (Holz). Bad und WC werden elektrisch beheizt. Das Objekt befindet sich in 87743 Egg an der Günz, Ortsteil Engishausen (bei Memmingen), Unterallgäu/Bayern. Anfragen unter **Tel. 06434 - 906328**.



Foto: aboutpixel.de / dich kenne ich schon... © René Lutz

„Ändere deine Gedanken – und du änderst die Welt.“

Norman Vincent Peale, amerikanischer Politiker und Autor (1898 – 1993)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

USA demontieren letzte große Atom- bombe aus der Zeit des Kalten Krieges

Washington, 26. Oktober – Das Schlusskapitel des Kalten Krieges wurde geschrieben: Die USA haben das letzte Exemplar ihrer ältesten und zerstörerischsten Atombombe demontiert. Die aus dem Jahr 1962 stammende Bombe wurde in der Fabrik Pantex in Amarillo im Bundesstaat Texas zerlegt. Die 4,5 Tonnen schwere Bombe hatte eine Sprengkraft von neun Megatonnen - ein Hundertfaches der Atombombe von Hiroshima, die rund 140 000 Menschen sofort oder in den Monaten danach tötete.

(Quelle: AFP)

Zwei weitere „Pelzfarmen“ endgültig geschlossen!

Die „Pelzfarm Süderbrarup“ ist geschlossen und vollständig abgebaut worden. Nachdem die Pelzfarmen in Trittau, Harrislee und Bargaenstedt bereits schließen mussten, verbleibt somit nur noch eine letzte Pelzfarm in Schleswig-Holstein, welche von der Sörnsen GmbH in Schlesien/Neuenkrug bei Kiel betrieben wird. Erfreuliche Nachrichten gibt es auch aus Baden-Württemberg. Die „Pelztierfarm Bonner“ in Ötisheim bei Pforzheim hat ebenfalls ihren Betrieb eingestellt. Dies wurde auf Anfrage auch von den Betreibern bestätigt.

(Quelle: Newsletter Tierschutznews/16.09.2011)

Berliner Zoo will Eisbärenzucht einstellen

In der Berliner Zeitung wird der Direktor des Berliner Zoo- und Tierparks, Dr. Blaszkiewicz, mit den Worten zitiert: „Wir wollen keine Eisbären mehr im Zoologischen Garten züchten.“ Die Tierrechtsorganisation PETA Deutschland e.V. begrüßt die Ankündigung des Zoo-Chefs und sieht eine ihrer zentralen Forderungen erfüllt. PETA hatte 2010 eine große Studie über Eisbären in deutschen Zoos herausgegeben und kam zu dem Ergebnis, dass über 85 Prozent der Tiere Verhaltensstörungen aufweisen, weil ihr Leben in Gefangenschaft nicht artgerecht gestaltet werden kann, auch nicht in sogenannten Vorzeigezoo, die alle Mindestvorgaben des Weltzooverbands WAZA und der Zooleitlinien einhalten. Auch nach Auffassung von fast sämtlichen namhaften Experten können Eisbären außerhalb ihrer natürlichen Verbreitungsgebiete nicht artgerecht leben.

(Quelle: Newsletter Tierschutznews/30.09.2011)

Tierquäler wurde nach Facebook-Eintrag verhaftet

Ein Mann wurde in Grimsby/England verhaftet, nachdem am gleichen Tag Filmaufnahmen in verschiedenen sozialen Netzwerken aufgetaucht waren. Das Video, aufgezeichnet hinter einem Fenster eines Nachbarn, zeigt, wie der Staffordshire Bullterrier wiederholt getreten, geschlagen und ins Gesicht geboxt wurde. Innerhalb weniger Stunden nachdem das Video auf Facebook, Twitter und Youtube bekannt wurde, versammelte sich eine verärgerte Menschenmenge vor dem Haus des Hundebesitzers. Die Polizei wurde gerufen, die den Mann anschließend verhaftete. Der Hund wurde tierärztlich untersucht und brauchte dem Besitzer nicht zurückgegeben zu werden.

(Quelle: Newsletter Tierschutznews/20.10.2011)

Fessel-Verbot für Hummer

Hamburg/Recklinghausen, 3. November 2011 – In Kürze dürfen einem Hummer im Wasserbecken eines Händlers nicht mehr die Scheren zusammengebunden werden. Wie der Soester Anzeiger berichtet, sind die gemeinsamen Richtlinien der Bundesländer, was die Haltung der lebenden Tiere betrifft, fast fertiggestellt. Die Tierschutzorganisation VIER PFOTEN begrüßt die Einführung von verbindlichen Richtlinien. Bislang sind Hummer nicht gesetzlich geschützt, da sich das Tierschutzgesetz nur auf Wirbeltiere bezieht. In Märkten leiden die Tiere in den Aquarien oft wochenlang bewegungslos mit zusammengebundenen Scheren. Zum Teil werden sie in den Aquarien nicht gefüttert, damit ihre Exkremente das Wasser nicht verschmutzen.

(Quelle: Vier Pfoten/PM 03.11.2011)

Fett wird in Dänemark jetzt besteuert

Als erstes europäisches Land hat Dänemark eine Steuer auf Fette in Lebensmitteln eingeführt. Pro Kilo gesättigter Fette wird eine Steuer in Höhe von umgerechnet 2,15 Euro erhoben, z. B. für ein Stück Butter 30 Cent. Auf diese Weise soll Übergewicht und Herz-Kreislauferkrankungen vorgebeugt werden.

(Quelle: Zeitschrift 4/11 der Johanniter Unfallhilfe e. V.)

Undercover-Aufnahmen von Tierquälern sind „Public Service“

Finnische Tierrechts-Aktivistinnen wurden in fast allen Anklagepunkten eines dortigen Gerichtes freigesprochen. Diese hatten heimlich Filmaufnahmen von Schweinezuchtfabriken gemacht, wo kranke, verletzte und sterbende Tiere zu sehen waren. Das Gericht in Salo begründete seine Entscheidung damit, dass es im öffentlichen Interesse liegt, die brutalen Methoden der Schweinezüchter an den Pranger zu stellen und eine breite Debatte zu eröffnen.

Aus der Sicht des Gerichtes muss die Freiheit der Meinungsäußerung in Betracht gezogen werden, auch wenn die Schweinezüchter in einem negativen Licht dargestellt werden. Nach der Veröffentlichung von Videos auf der Website der Tierrechtler wurden von den Züchtern Schadensersatzforderungen in Höhe von 150 000 Euro gestellt, die jedoch vom Gericht abgelehnt wurden.

(Quelle: Tierschutznews/05.12.2011)

Schächten ohne Betäubung verstößt gegen Tierschutzgesetz

In einem Strafverfahren in Buxtehude sind ein muslimischer Metzger und sein Chef wegen Tierquälerei verurteilt worden. Der Mann hatte Tiere aus rituellen Gründen ohne Betäubung geschlachtet. Die beiden Männer waren von Tierschützern angezeigt worden. Hätte es im Fall des Schlachters keine Einigung gegeben, wäre es am Montag zu einem Prozess vor dem Amtsgericht in Buxtehude gekommen. Der Schlachter, der zunächst Einspruch gegen einen Strafbefehl eingelegt hatte, muss eine Geldauflage von 1 500 Euro bezahlen, teilte das Amtsgericht am Montag mit. Der Besitzer der Schlachtereier hatte bereits einen Strafbefehl über 2 500 Euro akzeptiert.

(Quelle: Tierschutznews/05.11.2011)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++